

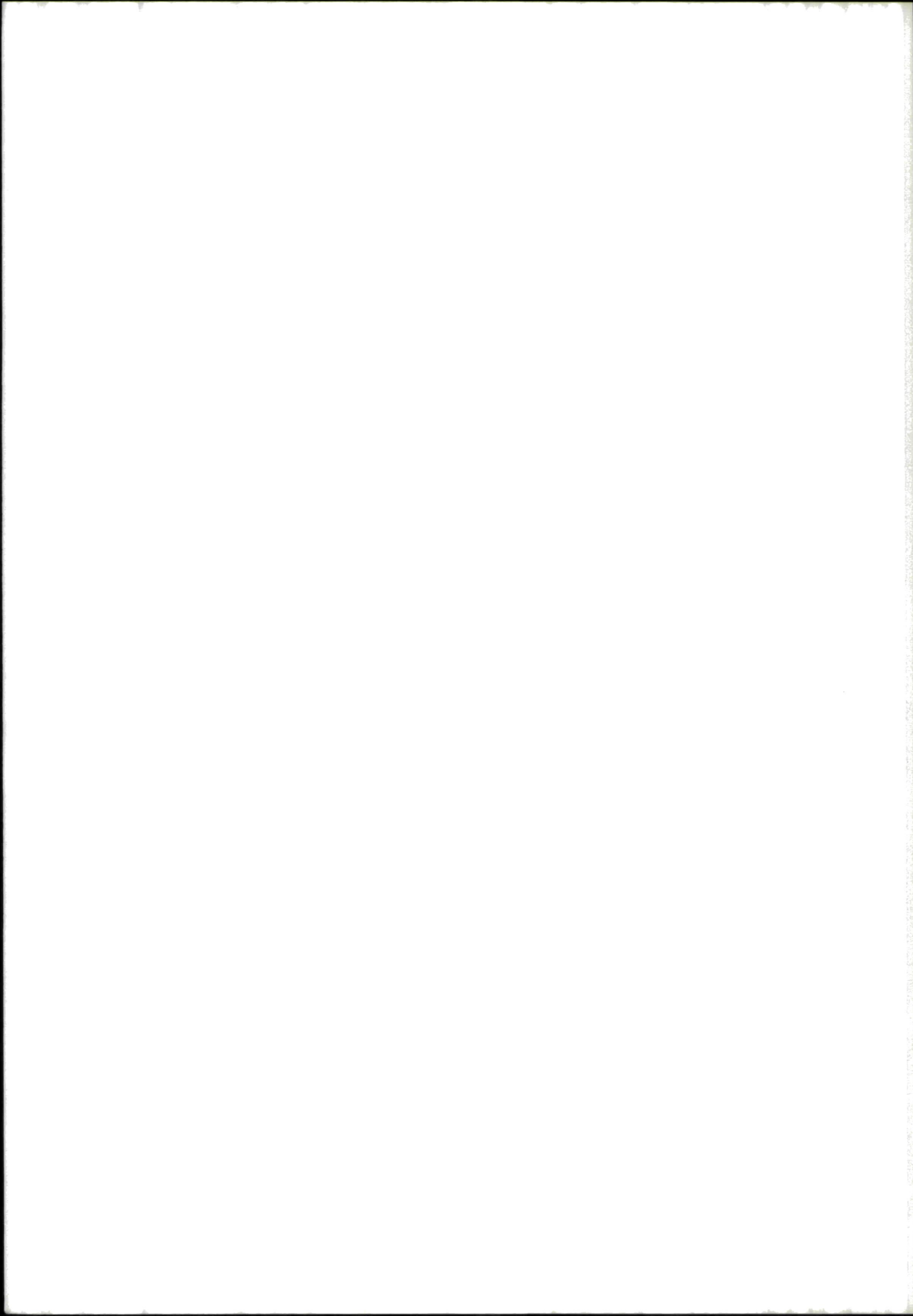
Bericht der Bundesgeschäftsstelle

**Anlage zum Bericht
des Generalsekretärs
32. Bundesparteitag
8.–11. Mai 1984
Stuttgart**

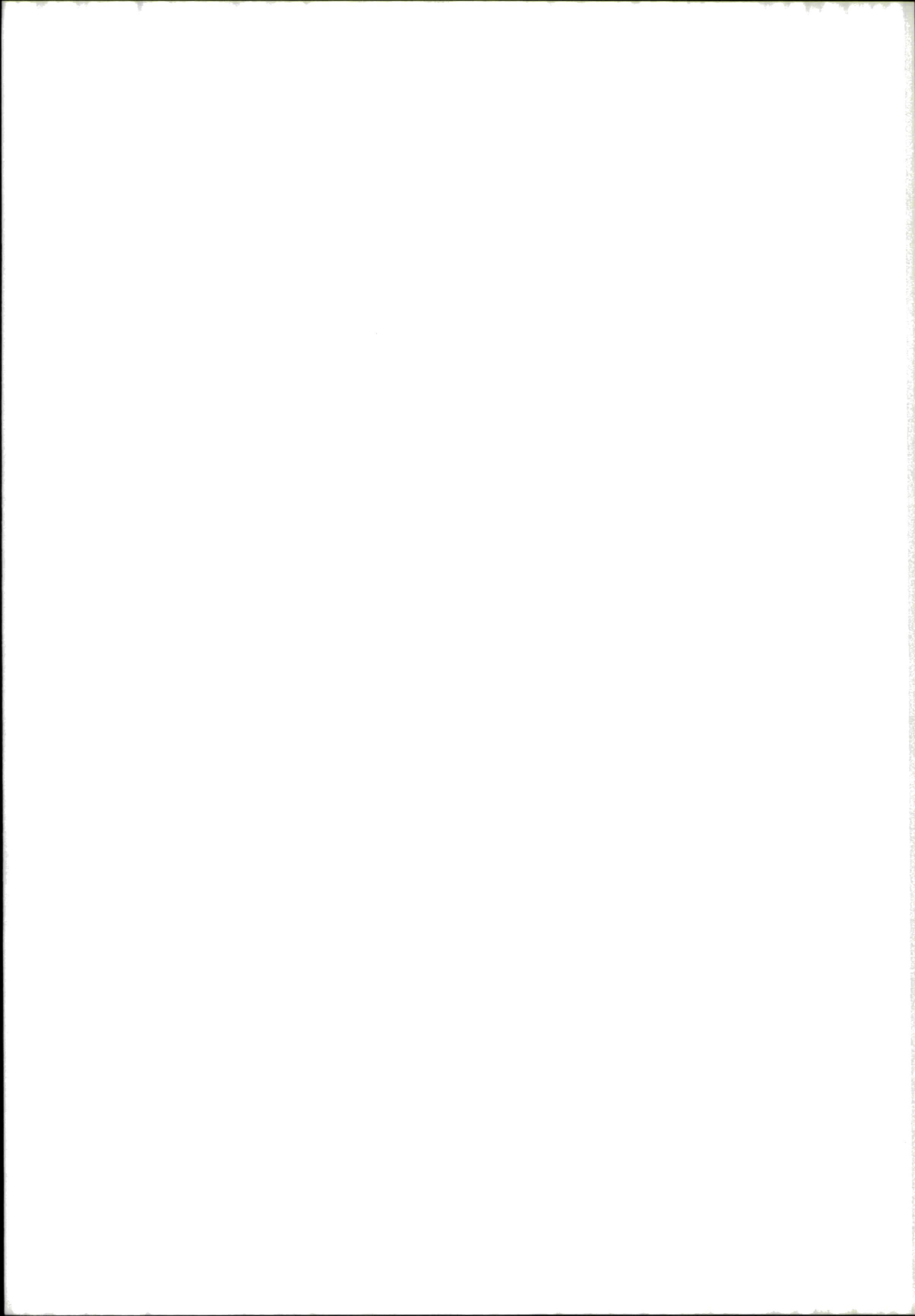


Bericht der Bundesgeschäftsstelle

**Anlage zum Bericht
des Generalsekretärs
32. Bundesparteitag
8.–11. Mai 1984
Stuttgart**



Vorwort	5
1. Friedensaktion	7
2. Europa-Wahlkampf	11
2.1. Die Wahlkampfkonzeption	11
2.2. Informations- und Werbematerialien im Europa-Wahlkampf	14
2.3. Veranstaltungen im Europa-Wahlkampf	21
2.4. Materialien des Europa-Wahlkampfes	23
3. Diskussion der Stuttgarter Leitsätze	24
4. Veranstaltungen	25
4.1. Kongresse	25
4.1.1. Friedenskongreß 8. 11. 1983	25
4.1.2. Europakongreß 27. 2. 1984	26
4.2. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräche	27
4.2.1. Drittes Gespräch am 27. September 1983	27
5. Parteigremien	28
5.1. Präsidium	28
5.2. Bundesvorstand	28
5.3. Bundesausschuß	28
5.4. Landesgeschäftsführer-Konferenzen	29
5.5. Bundesfachausschüsse	29
5.6. Kommissionen	38
5.6.1. Zukunftskommission Jugend	38
5.6.2. Zukunftskommission „Soziale Sicherung“	39
5.6.3. Koordinierungsausschuß für Medienpolitik	39
5.6.4. Europawahl-Kommission	40
5.7. Bundesparteigericht	41
6. Die Bundesgeschäftsstelle	42
6.1. Organisationsstruktur	42
Organisationsplan der CDU-Bundesgeschäftsstelle (Ausklapptafel im Umschlaginnendeckel)	
6.2. Die Öffentlichkeitsarbeit	42
6.3. Pressearbeit	45
6.3.1. Sprecher der CDU	45
6.3.2. Deutsches Monatsblatt	45
6.4. Ausbau eines elektronischen Kommunikationssystems	46
6.5. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen	48
7. Mitgliederentwicklung	49
8. Die CDU in der Demoskopie	55
9. Parteienfinanzierung	59



Vorwort

Der Geschäftsbericht der Bundesgeschäftsstelle zum 32. Bundesparteitag gibt einen Überblick über die Arbeit der Bundespartei seit dem Sommer 1983. Dieser Berichtszeitraum war geprägt durch die drei großen Themen „Frieden“, „Wirtschaftsaufschwung“ und „Europa“.

Auf dem 31. Bundesparteitag hatte sich die CDU vorgenommen, als stärkste Regierungspartei die Arbeit der Regierung zu unterstützen: 1. durch Fortsetzung der Programmarbeit, 2. durch Verbesserung der Organisation. Als verantwortliche Regierungspartei hat die CDU die Politik der Bundesregierung zum NATO-Doppelbeschluß wirkungsvoll unterstützt und ihr grundsätzliches Ja zur Verteidigung und zum westlichen Bündnis verdeutlicht. In der Zeit vom 8. Juni 1983 bis zum 4. Februar 1984 wurden von der CDU 10 164 Veranstaltungen zum Thema „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ durchgeführt. 3,5 Millionen Bürger wurden auf diese Weise direkt angesprochen. Damit war die CDU die einzige politische Partei, die mit eigenen politischen Aussagen, persönlichem Engagement ihrer Mitglieder und der Kraft ihrer gesamten Organisation einen eigenständigen Beitrag zur Friedensdiskussion geleistet hat. Es muß rückblickend als wichtiger Beitrag zur politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland gewertet werden, daß die CDU die geistige Auseinandersetzung um den Frieden mit den Mitteln der Information und des Dialogs und nicht mit Massenaufmärschen geführt hat.

Im Konrad-Adenauer-Haus wurden im zurückliegenden Jahr auch die notwendigen personellen und organisatorischen Veränderungen abgeschlossen, die mit der Regierungsübernahme notwendig geworden waren. In diesem Zusammenhang sei an dieser Stelle allen Mitarbeitern ein herzliches Wort des Dankes und der Anerkennung gesagt. Ihre Leistungsfähigkeit und ihre Einsatzfreude haben das Image der Bundesgeschäftsstelle als einer modernen und effizienten „Service-Station der Partei“ wesentlich mitgeprägt.

Gut ein Jahr nach dem großartigen Wahlergebnis von 1983 steht die CDU erneut vor der Aufgabe, die Wähler zu mobilisieren. Die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung des Wahlkampfes standen seit November 1983 im Mittelpunkt der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle.

Die Attraktivität der CDU schlug sich auch nieder in der Entwicklung der Mitgliederzahlen. Mit 736 277 Mitgliedern wurde der bislang höchste Stand in der Geschichte der Partei erreicht. Dies zeigt, daß die CDU für immer mehr Bürger zur politischen Heimat wird. Wenn es gelingt, die vielen Mitglieder zugleich als Mitarbeiter zu gewinnen, wird die CDU für lange Zeit unser Land durch ihre politische Arbeit prägen können.

Bonn, im Mai 1984



*Dr. Heiner Geißler MdB
Generalsekretär*



*Peter Radunski
Bundesgeschäftsführer*



Gemeinsam für Frieden und Freiheit

1. Friedensaktion

Die CDU hat in der zweiten Hälfte des Jahres 1983 die Auseinandersetzung über den richtigen Weg der Friedenssicherung nicht nur im Parlament, sondern auch überall im Lande im direkten Gespräch mit unseren Mitbürgern geführt. Im Rahmen der Aktionsreihe „10.000 Friedenstag“ haben die Gliederungen der CDU in Veranstaltungen deutlich gemacht, daß die Sicherheitspolitik der CDU realistische Friedenspolitik ist.

Bereits auf dem 31. Bundesparteitag 1983 hatte der Generalsekretär, Dr. Heiner Geißler, dazu ausgeführt:

„Schließlich muß die Christlich Demokratische Union als Regierungspartei auch jene Themen aufgreifen, die die Menschen konkret bewegen. Ich möchte mich daher mit dem Thema auseinandersetzen, das uns in den kommenden Wochen und Monaten besonders beschäftigen wird und das sicher nicht nur zu einer Bewährungsprobe für die Regierung wird, sondern bereits zu einer großen Herausforderung für unsere ganze Partei geworden ist. Wir müssen nämlich die geistige und die moralische Auseinandersetzung um den Frieden gewinnen. Diese Auseinandersetzung darf uns nicht unvorbereitet treffen.

Wir dürfen uns nicht mit einer hochgerüsteten Welt abfinden. Wir sind verpflichtet, mit aller Kraft nach einer durchsetzbaren politischen Friedensordnung zu suchen, die die Kriegsverhütung durch militärische Abschreckung nach und nach ersetzen kann.

Kein Krieg, weniger Waffen, mehr Gerechtigkeit - wenn wir so in diese geistige und politische Auseinandersetzung gehen, dann werden wir sie auch bestehen, und dann werden wir auch in der Zukunft Frieden und Freiheit bewahren.“

In der Zeit vom 8. Juni 1983 bis Januar 1984 haben insgesamt 10.114 Veranstaltungen zum Thema „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ stattgefunden, wodurch die CDU etwa 3,5 Millionen Bürger direkt ansprechen konnte. Bis zum 4. Februar 1984 fanden noch 50 weitere Veranstaltungen im Rahmen dieser Aktion statt. Der nationale Konsens, der 25 Jahre lang in Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik bestanden hat, war von der SPD zerbrochen worden. Die Auseinandersetzung über den richtigen Weg der Friedenssicherung mußte erneut geführt werden. Auf den „10.000 Friedenstag“ sind sachliche Argumente gegen die Desinformation und zum Teil auch Demagogie von Teilen der SPD und der Protestbewegung gesetzt worden.

Die Mitglieder und Basisverbände der CDU haben die von ihnen durchgeführten Veranstaltungen nicht als „lästige Pflichtveranstaltung“ verstanden, sondern sie gewissenhaft und mit großem Ernst inhaltlich vorbereitet, stellte Generalsekretär Heiner Geißler nach dem erfolgreichen Abschluß der Aktion fest. Vertreter der örtlichen Friedensinitiativen sowie der beiden Kirchen, der Bundeswehr oder der Gewerkschaften und der verschiedenen Jugendgruppen wurden gezielt und bewußt von der CDU zu diesen Veranstaltungen eingeladen, so daß auch wirklich ein Dialog und ein kontroverses Gespräch zustande kam und zahlreiche Bürger angesprochen wurden, die normalerweise nicht an Parteiveranstaltungen der CDU teilnehmen. Dadurch konnte die CDU die Chance wahrnehmen, viele Vorurteile, übertriebene Ängste, Unwissenheit in sicherheitspolitischen Fragen abzubauen und der teilweisen Verunsicherung in Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik entgegenzutreten.

Der CDU ist es durch ihre Herbstaktionen gelungen, die Gefahren für die Sicherheit unseres Landes bewußtzumachen, die mit dem außen- und sicherheitspolitischen Kurswechsel der SPD verbunden sind.

Die Aktion stand in der Kontinuität von Kundgebungen und Kongressen, die dieses Thema ebenfalls zum Inhalt hatten und die von der CDU und ihren Verbänden veranstaltet wurden.



November 1981: Friedensdemonstration der Jungen Union Deutschlands in Bonn.



Juni 1982: Großdemonstration der CDU unter dem Motto „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ in Bonn.



Februar 1983: Friedenskongreß der CDU in Bonn.



September 1983: Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch als Streitgespräch zwischen Franz Alt und Heiner Geißler zum Thema Frieden.



November 1983: Europäischer Friedenskongreß mit internationaler Beteiligung im Konrad-Adenauer-Haus.

Die Aktion „10.000 Friedenstage der CDU“ wurde am 19. September 1983 in Bonn durch eine Kreisvorsitzendenkonferenz, auf der auch Bundeskanzler Kohl das Wort ergriff, eingeleitet.

Die CDU hat die Friedensdiskussion in Formen geführt, die einer politischen Partei gemäß sind: auf Kreisparteitagen, auf Diskussionsabenden, Parteiausschußsitzungen, in Ortsverbandsveranstaltungen, beim Straßen-Canvassing, auf Seminaren und besonderen Aktionsveranstaltungen. An einzelnen Aktionsarten wurden gemeldet:

672 Flugblattaktionen informierten Bürger kurzgefaßt über wichtige Sachfragen.

5.175 Canvassing-Aktionen (Info-Stände im Freien und Hausbesuche) brachten jenen Bürgern CDU-Argumente nahe, die nicht gerne Parteiveranstaltungen besuchen.

1.015 Plakatierungen und Anzeigenaktionen wiesen auf die Aktionen der CDU hin.

950 Vorführungen des Videofilms „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ dienten zur Hintergrundinformation.

2.352 Veranstaltungen wurden auf unterschiedlichen regionalen Ebenen, z.B. Ortsvereine und Kreisverbände, gemeldet.

18. 01. 89



Gemeinsam für Frieden und Freiheit

Öffentliche Veranstaltung
Freitag, 31. Oktober, 20.00 Uhr
Haus „Überwachen Haus“ in Lohr

Die strategische Erpressung

Redaktion: Dietrich U. & Dieter Frenkel
Lederer: Dr. Gert-Joachim Wittenberg, Leiter des CDU-Kreisverbandes Lohr
„Was die Bundesregierung hier vorantreibt ist ein Verstoß gegen die Grundprinzipien der NATO-Mitgliedschaft.“
Merkel-Zeitung

CDU
sicher
sozial
und frei

CDU**pürgerforum**

Uns liegt
Gleiches am Herzen



Jetzt packen wir Ihre Themen an
Unsere Linienlage hat deutlich gemacht das Thema „Frieden und Sicherheit“ ist zu weit auch für die Gewässer der Bundestag verdrängt.
Wir gehen wie bei uns und stellen mit der 1. Veranstaltung
Friedenssicherheit für Deutschland und Europa
Führungspositionen sind wir
Verantwortung

CDU
sicher sozial und frei

Einladung

zu einer öffentlichen Podiumsdiskussion mit unseren Kritikern
am Donnerstag, dem 17. November 1982,
um 19 Uhr in der Gertride „Korn“, kleine Straße

Thema: „... über die Friedensverhandlungen zwischen West- und Ostblock“

Karl Toden als Diskussionsleiter: „Je ein Lehrer des Friedens und des Krieges“
Manfred Rößler, Prof. Dr. Werner Kötter und Karl Schütz
Alle Bürger sind herzlich willkommen und können Fragen an die Podiumsgäste richten.

CDU - Stadtverband Wildeshausen

Leben Arbeit Frieden

10. KREISPARTIETAG
des CDU Kreisverbandes Neuss
5. NOVEMBER 1983
Neuss, Stadthalle

Die CDU spricht mit der Jugend



Gemeinsam für Frieden und Freiheit

Kreismitgliederversammlung
am Mittwoch, dem 2. November 1982,
um 19 Uhr im Hotel „Zur Post“, Dornberg

Es sprechen:

MdB Willy Mewner, Neuss
Berichtersternter in Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages, zum Thema:
Nat der Frieden eine Chance! – Der NATO-Doppelbeschluss
sowie

MdB Hans Schlicher
mit einem Bericht aus Bonn

CDU
sicher sozial und frei

[illegible]

Die Bundesgeschäftsstelle unterstützte die Aktionen mit Informationsmaterial, das in sehr großer Anzahl angefordert und verteilt wurde. Zusätzlich wurden dazu in den internen Informationsmitteln (UiD, Monatsblatt) zahlreiche Anregungen geliefert.

Bei allen Materialien wurde besonderer Wert auf sachliche und argumentative Information gelegt, die sich bewußt von der polemischen Agitation der selbsternannten Friedensbewegung absetzte. Zentrale Argumentationsmaterialien waren eine vierseitige Aktionszeitung, die in 3.100.000 Exemplaren verteilt wurde, und ein Argumentationsfaltblatt in einer Auflage von 840.000 Exemplaren.

In Informationsbroschüren wurden Einzelthemen und Reden zusammengefaßt. Diese wurden in einer Gesamtauflage von 590.000 Exemplaren verteilt. Flugblätter, Aktions- und Rahmenplakate, Aufkleber, Textilbuttons, der Videofilm und Anzeigenvorlagen unterstützten ebenfalls die Aktivitäten der Gliederungen der CDU.

Ausführliche Angaben über die Aktion „10.000 Friedenstag der CDU“ wurden in einer 26seitigen Dokumentation zusammengefaßt, die allen Kreis-, Bezirks- und Landesgeschäftsstellen zugesandt wurde.

Im Rahmen der Aktion wurde ein zentraler Bundesrednereinsatz in der Zeit vom 26.09. bis 02.12.1983 durchgeführt. Insgesamt nahmen 47 Redner an 108 Einsatztagen 138 Veranstaltungen wahr.

Materialien der Friedensaktion

	Auflagen
0596 CDU-Transparent „Gemeinsam für Frieden u. Freiheit“	55
1448 Rahmenflugblatt DIN A4 „Friedensaktion“	812.000
2446 Zeitung „CDU-extra zur Friedenspolitik“	3.387.250
2447 Faltblatt „Argumente zur Friedenspolitik“	918.000
3428 Broschüre: Friedenskongreß	12.950
3451 Broschüre „Die Friedenspolitik der CDU“	95.600
3452 Broschüre „Wir wollen frei sein und frei bleiben“	90.050
3453 Broschüre „Gemeinsam den Frieden sichern“	85.570
3454 Broschüre „Die Überrüstung der Sowjetunion“	87.700
3455 Broschüre „Die SPD steigt aus“	85.800
3456 Broschüre „Gibt es Frieden ohne Freiheit?“	86.220
3466 Rede H. Kohl „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“	9.900
3467 Rede H. Geißler „Krieg verhindern, Frieden sichern“	9.800
3471 Rede M. Wörner „Wege zum Frieden in Freiheit“	10.000
4468 Video-Film „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“	600
8444 Rahmenplakat DIN A0 „Friedensaktion“	39.000
8445 Rahmenplakat DIN A1 „Friedensaktion“	57.600
8457 Aktionsplakat DIN A1 „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“	86.450
8458 Aktionsplakat DIN A0 „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“	58.600
9449 Aufkleber „Friedensaktion“	455.000
9465 Textilbutton „Friedensaktion“	101.000



**Gemeinsam
für Frieden
und Freiheit**

**Argumente
zur Friedenspolitik
der CDU**

CDU
sicher
sozial
und frei



CDU extra
Gemeinsam für
Frieden und Freiheit

**Wir wollen
frei sein - und bleiben!**

Wer uns
bedroht
die SPD
steigt aus

BRFEN und FAKTEN

So arbeitet
Helmut Kohl
für den Frieden

Was ist die
NATO-Doppelbeschlus?

Die Friedens-
politik der CDU



CDU extra
Frieden schä-
weniger Wat

**Alle reden vom Frieden
Wir sichern ihn**

**So arbeitet
Helmut Kohl
für den Frieden**

**Demo! Ja -
Aber so nicht**

**Nur das Bündnis
sichert den Frieden**

Die SPD steigt

Was wäre aus Berlin
geworden ohne
die Amerikaner?

**Wiste ich
hrdienst**

Kann ein Christ für den
NATO-Doppelbeschlus sein?



**Gemeinsam
für Frieden
und Freiheit**

**Gemeinsam den
Frieden sichern**
Das Atlantische Bündnis - Garant
unserer Freiheit

CDU
sicher
sozial
und frei



**Gemeinsam
für Frieden
und Freiheit**

Die SPD steigt aus
Der Abschied von der gemeinsamen
Sicherheitspolitik des Westens

CDU
sicher
sozial
und frei



**Gemeinsam
für Frieden
und Freiheit**

CDU



**Gemeinsam
für Frieden
und Freiheit**

**Gibt es Frieden ohne
Freiheit?**
Eine kritische Auseinandersetzung mit
der Friedensbewegung

CDU
sicher
sozial
und frei



**Gemeinsam
für Frieden
und Freiheit**

**Die Überrüstung der
Sowjetunion**
Ziele kommunistischer Machtpolitik

CDU
sicher
sozial
und frei



**Gemeinsam
für Frieden
und Freiheit**

**Die Friedenspolitik
der CDU**
Dokumente 1949 bis 1983

CDU
sicher
sozial
und frei



**Gemeinsam
für Frieden
und Freiheit**

**Wir wollen frei sein
und frei bleiben**
Ethische Grundlagen unserer
Verteidigungspolitik

CDU
sicher
sozial
und frei

CDU



**Aufwärts mit
Deutschland.
Mit uns für Europa.**

2. Europa-Wahlkampf

2.1. Die Wahlkampf-Konzeption

Das Wahlziel

Der Wahlkampf zu den zweiten Direktwahlen zum Europäischen Parlament ist für die gesamte CDU eine neue Bewährungsprobe der Überzeugungs- und Kampfkraft der Union. Hauptaufgabe der CDU ist gut ein Jahr nach dem großartigen Wahlergebnis vom 6. März 1983 die Mobilisierung der eigenen Mitglieder, Anhänger und Wähler. Die Union muß die Wähler erneut davon überzeugen, zur Wahl zu gehen und ihre Stimme der CDU zu geben. Das Ergebnis der ersten Europawahl, das der CDU mit 49,2 % die absolute Mehrheit (42) der 81 deutschen Europamandate brachte, muß für die Union die Vorgabe sein, an der die Anstrengungen im Europawahlkampf gemessen werden. Der Europawahlkampf der CDU ist ein Mobilisierungswahlkampf.

Die Europa-Werbelinie

Für den Europawahlkampf entwarf die CDU-Bundesgeschäftsstelle in Zusammenarbeit mit einer Werbeagentur ein neues Erscheinungsbild. Als Symbol wählte die Bundesgeschäftsstelle eine Kombination aus der Europa-Flagge und dem schwarz-rot-goldenen CDU-Zeichen. Damit brachte die CDU auch optisch zum Ausdruck, die deutsche Europapartei zu sein. Diese Werbelinie wurde der Partei im zweiten Sonder-UiD zur Europawahl (6/84) vorgestellt und im Verlauf der Wahlkampf vorbereitung auf alle Werbemittel umgesetzt.

Der Slogan

Der Slogan der Bundesgeschäftsstelle für die Europawahl knüpfte an den zur Bundestagswahl 1983 gewählten Slogan an:

Aufwärts mit Deutschland - Mit uns für Europa.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle betonte mit dem Slogan - wie schon mit ihrem neuen Symbol - sowohl die nationale als auch die europäische Komponente.

Die Themen des Wahlkampfes

Grundlagen für den Wahlkampf sind

- das vom Kongreß der Europäischen Volkspartei vom 2. — 4. April in Rom verabschiedete Aktionsprogramm sowie
- die Europabeschlüsse des CDU-Bundesparteitages, der vom 9. — 11. Mai in Stuttgart stattfindet.

Schwerpunkte dieser programmatischen Aussagen sind:

- 1. Europa sichert Frieden und Freizügigkeit:** Nur ein starkes, einiges und im Atlantischen Bündnis verankertes Europa kann den Frieden in Freiheit und seine demokratische Ordnung schützen. Der europäische Pfeiler der NATO muß gestärkt werden. Wir Christlichen Demokraten wollen offene Grenzen und freien, ungehinderten Verkehr innerhalb der EG. Wir wollen den europäischen Paß als Ausdruck der Freizügigkeit und wir fordern die Abschaffung der Autobahngebühren. Auch die Grenzkontrollen sollten analog dem Benelux-Modell beseitigt werden.
- 2. Europa sichert Wohlstand und Arbeit:** Mit der Freizügigkeit des Warenverkehrs wurde ein Absatzmarkt geschaffen, den gerade die Bundesrepublik Deutschland als rohstoffarmes exportabhängiges Industrieland braucht. Den neuen weltwirtschaftlich-technologischen Herausforderungen darf Europa nicht mit protektionistischen Maßnahmen und Subventionswettläufen begegnen. Nur ein offener Markt im europäischen Wirtschaftsraum kann neue Investitionen, ein günstiges Forschungsklima und einen freien Welthandel fördern: Die EG braucht eine gemeinsame Forschungspolitik. Bürokratische Erschwernisse im grenzüberschreitenden Verkehr müssen abgebaut, Normen, Sicherheitsbestimmungen und technische Anforderungen müssen aufeinander abgestimmt werden.
- 3. Europa sichert eine natürliche Umwelt:** Die Grenzwerte für Kfz-Abgase müssen EG-einheitlich herabgesetzt und bleifreies Benzin muß überall in der EG eingeführt werden. Die Einleitung von Abwässern und Schadstoffen in die Flüsse muß auch durch europäische Vereinbarungen verringert werden. Wir müssen die Umwelt vorausschauend schützen, bevor nur noch die Reparatur von Schäden bleibt. Der Umweltschutz muß eine europäische Gemeinschaftsaufgabe sein.
- 4. Die europäische Einigung sichert unsere Zukunft:** Wir treten ein für eine Erweiterung der Rechte des Europäischen Parlaments. Es muß Gesetzgebungsbefugnisse und uneingeschränkte Haushaltsrechte erhalten. Wir unterstützen die Umwandlung der EG in einen Bundesstaat, die Europäische Union und die Verabschiedung einer Verfassung. Der Ministerrat muß die vertraglich vorgesehene Mehrheitsentscheidung anwenden.

Zeitlicher Ablauf des Europawahlkampfes

Der zeitliche Ablauf des Europawahlkampfes gliedert sich in drei Phasen:

- 1.** Die Informations- und Einstimmungsphase von November bis Dezember 1983
In der Informations- und Einstimmungsphase wurden der Partei erste größere Anstöße — vor allem zur Motivation und zur inhaltlichen Vorbereitung zur Europawahl — gegeben.
- 2.** Der Vorwahlkampf von Januar 1984 bis Ostern
In der zweiten Wahlkampfphase hieß für die CDU die Devise: Aktivieren durch Informieren. Hierbei wurden alle Parteigliederungen und Funktionsträger über den Wahlkampf der CDU-Bundesgeschäftsstelle informiert. Mit ersten Veranstaltungen und Aktionen hat die Union bereits in der Öffentlichkeit für die Europawahl geworben.
- 3.** Der Hauptwahlkampf von Ostern bis zum 17. Juni 1984
Nach Ostern bzw. Anfang Mai hat der Hauptwahlkampf mit der Konzentration aller werblichen Aktivitäten und Großveranstaltungen begonnen. Ziel aller Maßnahmen ist es, über den reinen Informationscharakter hinaus in den letzten drei Wochen eine hohe Mobilisierung der Anhängerschaft der Union zu erreichen.

Die Informations- und Einstimmungsphase

In der ersten Phase hat die CDU Bundesgeschäftsstelle mit der inhaltlichen Vorbereitung ihre Funktions- und Mandatsträger auf den Europawahlkampf vorbereitet.

★ Sonder-UiD zur Europa-Wahl

Anfang November erschien der erste Sonder-UiD zur Europawahl mit politischen Stellungnahmen zu Europa, einer ersten Musterrede und ersten Werbematerialien.

★ Deutsches Monatsblatt

In der November-Ausgabe des Deutschen Monatsblatts gab es einen Sonderteil zur Europa-Wahl, in dem die Leser u.a. aufgerufen wurden, sich an einem Wettbewerb zu beteiligen, bei dem der Slogan für den Wahlkampf gefunden werden sollte. Zu diesem Wettbewerb wurde auch im UiD und im EG-Magazin aufgerufen. Über 2.650 Sloganvorschläge sind bei der Bundesgeschäftsstelle eingegangen.

★ Handbuch zur Europawahl

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat mit dem Handbuch zur Europawahl eine ausführliche Sammlung von Materialien für die politische Argumentation vorgelegt. Das Handbuch enthält Daten und Fakten über das Europäische Parlament, über die Arbeit der Europäischen Volkspartei und die Leistungen der EG.

★ CDU-Europakalender

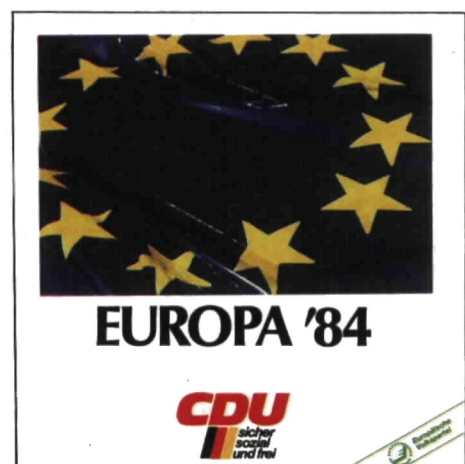
Als Werbemittel für die Europawahl hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle zum erstenmal einen repräsentativen Kalender herausgegeben. Auf 12 Blättern stellte der Kalender die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft sowie Spanien und Portugal vor, die ihren Beitritt beantragt haben.

★ Erste Wandzeitung: CDU-Europaschiff

Die erste Wandzeitung zur Europa-Wahl, das CDU-Europaschiff, wurde ebenfalls über den gewohnten Verteiler an die Verbände verschickt.

★ Europäischer Friedenskongreß

Der europäische Friedenskongreß am 8. November 1983 diente der inhaltlichen Vorbereitung der Europa-Wahl und setzte einen ersten starken medienpolitischen Akzent.



Der Vorwahlkampf

In der zweiten Phase wurde die gesamte Partei über die Maßnahmen des Europawahlkampfes informiert und mit Aktionen und Veranstaltungen die Öffentlichkeit mobilisiert.

Mit der Vorstellung der neuen Europa-Werbelinie und des neuen Slogans auf der Pressekonferenz zu Beginn des Jahres 1984 trat die Bundesgeschäftsstelle zum erstenmal an die breite Öffentlichkeit.

Einer weiteren inhaltlichen Vorbereitung diente der Europa-Kongreß am 27.02.1984 im Bonner Konrad-Adenauer-Haus, unter dem Motto „Wachstum, neue Technik, Arbeit - Europa in den 80er Jahren“. Ferner wurde auf dem Kongreß der Europäischen Volkspartei vom 2. - 4. April in Rom ein Wahlprogramm für alle christdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft verabschiedet.

2.2. Informations- und Werbematerialien

Für erste Aktionen der Parteigliederungen hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Informations- und Werbematerialien zur Verfügung gestellt, die im zweiten Sonder-UiD zur Europawahl vorgestellt wurden. Dazu gehörten u.a.:

eine erste CDU-Europa-Zeitung

Informationsbroschüren

Argumentationsfaltblatt

Rahmenmaterialien wie Plakat, Flugblatt und Anzeigen für Veranstaltungen

Aufkleber und Kleinwerbemittel mit der neuen Europa-Werbelinie

Seit Anfang März steht auch ein Europa-Video-Film der Partei zur Verfügung. Dieser Film verdeutlicht – unter Ausnutzung der optischen und didaktischen Möglichkeiten einer Tonbildschau – die Europapolitik der CDU und enthält darüber hinaus Statements von Bundeskanzler Helmut Kohl und Generalsekretär Heiner Geißler.





Serviceleistungen für Kandidaten und Journalisten

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle bietet zur Europawahl 1984 wieder eine Reihe von Serviceleistungen an:

Kandidatenservice

Mit der Nominierung der Kandidaten in den einzelnen Landesverbänden übernahm die CDU-Bundesgeschäftsstelle im Rahmen ihres Kandidatenservice die Betreuung der Kandidaten, die auf den vordersten Plätzen der Landeslisten stehen. Nach einem ersten Anschreiben erhielten die Kandidaten ein erstes Servicepaket. Im einzelnen umfaßt der Kandidatenservice u.a. folgende Maßnahmen:

Servicepaket

Mitte Februar wurde den Kandidaten von der Bundesgeschäftsstelle ein Servicepaket zugesandt. Dieses Servicepaket hat u.a. enthalten:

- Rahmen- und Druckvorlagen für Flugblätter und Anzeigen
- aktuelle Broschüren zur Europapolitik der CDU
- repräsentative Druckvorlagen des Wahlkampfsignets
- Presseerklärungen und Zielgruppenbriefe

Damit die Kandidaten gezielt an die Presse und wichtige Wählergruppen herantreten konnten, wurden Musterpresseerklärungen und Zielgruppenbriefe vorbereitet, die für diese Gruppen wichtige Fragen enthielten.

Den Landes- und Kreisverbänden wurde ebenfalls ein Kandidatenservicepaket zur Kenntnisnahme zugesandt.

Europatelefon

Seit dem 2. Januar 1984 ist in der Bundesgeschäftsstelle ein Europatelefon eingerichtet, über das die Kandidaten Auskunft über technische Wahlkampf Fragen und über politisch-inhaltliche Fragen, die sich im Verlauf des Wahlkampfes stellen, erhalten.

Kandidaten-Prospekt

Die Bundesgeschäftsstelle hat für die betreuten Kandidaten einen Kandidatenprospekt produziert. Fototermine für die Herstellung von Kandidatenfotos wurden von der Bundesgeschäftsstelle vorbereitet und sind von der Mehrzahl der Kandidaten wahrgenommen worden.

Unser Kandidat für Europa aus Rheinland-Pfalz

Dr. Egon A. Klepsch



CDU Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.

Egon Klepsch: „Europa – was denn sonst?“

Ein politisch verantwortungsvoller Mensch, der die Interessen der Bürger in der Europäischen Gemeinschaft wahrnimmt, ist für die CDU ein wichtiger Kandidat. Dr. Egon Klepsch, Mitglied des Deutschen Bundestages, ist ein solcher Mann. Er hat sich für die Freiheit und den Frieden in Europa eingesetzt und wird dies auch weiterhin tun. Er ist ein Mann, der die Interessen der Bürger in der Europäischen Gemeinschaft wahrnimmt und für sie eintritt. Er ist ein Mann, der die Interessen der Bürger in der Europäischen Gemeinschaft wahrnimmt und für sie eintritt.

Pessimisten sind nicht gefragt

Die CDU ist eine Partei, die Optimismus und Fortschritt liebt. Wir sind keine Partei, die Pessimismus und Rückschlag liebt. Wir sind eine Partei, die die Zukunft in die Hand nimmt und sie gestaltet. Wir sind eine Partei, die die Zukunft in die Hand nimmt und sie gestaltet.

Zuverlässigkeit ist Trumpf

Die CDU ist eine Partei, die Zuverlässigkeit und Verantwortung liebt. Wir sind keine Partei, die Unzuverlässigkeit und Verantwortungslosigkeit liebt. Wir sind eine Partei, die die Zukunft in die Hand nimmt und sie gestaltet. Wir sind eine Partei, die die Zukunft in die Hand nimmt und sie gestaltet.

Wählen Sie mehr Zukunft für Europa

Die CDU ist eine Partei, die die Zukunft in die Hand nimmt und sie gestaltet. Wir sind eine Partei, die die Zukunft in die Hand nimmt und sie gestaltet. Wir sind eine Partei, die die Zukunft in die Hand nimmt und sie gestaltet. Wir sind eine Partei, die die Zukunft in die Hand nimmt und sie gestaltet.



DR. HELMUT KÖHL

Unser Kandidat für Europa aus Nordrhein-Westfalen



Dr. Helmut Kohl ist ein Mann, der die Interessen der Bürger in der Europäischen Gemeinschaft wahrnimmt und für sie eintritt. Er ist ein Mann, der die Interessen der Bürger in der Europäischen Gemeinschaft wahrnimmt und für sie eintritt. Er ist ein Mann, der die Interessen der Bürger in der Europäischen Gemeinschaft wahrnimmt und für sie eintritt.

Dr. Helmut Kohl ist ein Mann, der die Interessen der Bürger in der Europäischen Gemeinschaft wahrnimmt und für sie eintritt. Er ist ein Mann, der die Interessen der Bürger in der Europäischen Gemeinschaft wahrnimmt und für sie eintritt. Er ist ein Mann, der die Interessen der Bürger in der Europäischen Gemeinschaft wahrnimmt und für sie eintritt.

Persönliche Werbemittel

Für ihren Wahlkampf konnten die Kandidaten bisher eine Reihe persönlicher Kleinwerbemittel bestellen.

In Zusammenarbeit mit den Landesverbänden wurden die Kandidaten auch in das Konzept für die Massenverteilungsmittel der Bundesgeschäftsstelle eingebunden.

Journalistenservice

Eine speziell für Journalisten und Redaktionen zusammengestellte Informations- und Servicemappe wurde an nahezu 2.300 Adressen verschickt. Auch den Journalisten steht das CDU-Europatelefon zur Verfügung.

Direct-Marketing-Aktionen

Der Einsatz von Direct-Marketing-Maßnahmen (d.h. gezielte Anschreiben an ausgewählte Personenkreise) sollte das schwache Interesse an den Europawahlen und das hohe Informationsdefizit gerade auch bei Meinungsbildnern im Vorwahlkampf abbauen helfen.

Die Direct-Marketing-Maßnahmen setzten sich aus drei Elementen zusammen:

1. Aussendung: „Wahlkampfunterstützung“
2. Aussendung: „Diskussion über den Entwurf der Stuttgarter Leitsätze“

Aussendung „Wahlkampfunterstützung“

Anfang März wurden ca. 56.000 Ärzte, Rechtsanwälte, Steuerberater und Apotheken angeschrieben. In einem Schreiben des Generalsekretärs wurden die Adressaten um Unterstützung zur Europawahl gebeten. Zur Auslage z.B. in Wartezimmern konnten die angeschriebenen Personen CDU-Europazeitungen, Europakalender und Broschüren anfordern. Der Rücklauf betrug bei dieser Aktion über 5,4 Prozent.

Eine besondere Aussendung erfolgte an 14.000 Fußballvereine, denen die CDU-Bundesgeschäftsstelle den Fußball-Europameisterschaftskalender angeboten hat.

Informations- und Werbematerialien (Massenverteilungsmittel)

Die Planung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für den Hauptwahlkampf umfaßt folgende Maßnahmen:

Die Standardwerbematerialien des Hauptwahlkampfes, d.h. Plakate für die Parteiplakatierung, Broschüren etc., wurden Ende April im dritten Sonder-UiD zur Europa-Wahl vorgestellt. Als Massenverteilungsmittel stehen der Partei folgende Werbemittel im Hauptwahlkampf zur Verfügung:

1. eine Europa-Illustrierte

Diese Illustrierte wurde Ende April ausgeliefert und dient als Basiswerbemittel des gesamten Hauptwahlkampfes. Die Kreisverbände haben daher von diesem Werbemittel eine sehr hohe Grundausstattung erhalten. Die Bundesgeschäftsstelle gab die 12seitige Illustrierte in regionalisierten Ausgaben heraus. Die Landesverbände konnten ihre Regionalseiten vor allem zur Herausstellung ihrer Europakandidaten nutzen.



2. der Fußball-Europameisterschaftskalender

Zur Fußball-Europameisterschaft vom 12. — 27. Juni in Frankreich hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle einen Fußballkalender im Stile früherer Weltmeisterschaftskalender erstellt. Die Auslieferung erfolgte im April. Auch hier bekamen die Landesverbände als Regionalisierungsmöglichkeit eine Doppelseite zur Verfügung gestellt.



3. die Schlußzeitung

Zur Verteilung ab 1. Juni, d.h. an den drei Wochenenden vor dem Wahltag - und auch rechtzeitig vor Pfingsten -, erhält die Partei als letztes Massenverteilmittel eine aktuelle Zeitung. Als Schlußzeitung enthält dieses Verteilmittel die Endspurtargumentation und hat stark mobilisierenden Charakter. Auch dieses Werbemittel wird regionalisiert.

4. Briefwahlprospekt

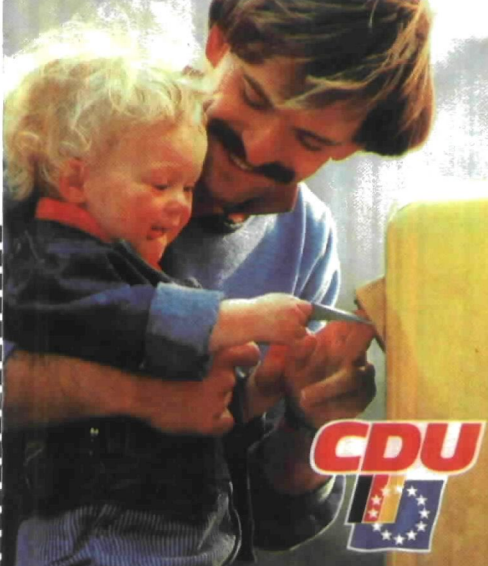
Von besonderer Bedeutung in diesem Wahlkampf wird die Briefwahl sein. Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat einen Briefwahlprospekt erstellt, der den Kreisverbänden in einer hohen Grundausrüstung zugeht. Außerdem wird die Briefwahl in allen dafür geeigneten Werbemitteln besonders hervorgehoben.



Bundeskanzler Helmut Kohl:
„Bei der Wahl zum Europäischen Parlament geht es für uns Deutsche auch um die Zukunft unseres Vaterlandes. Denn die Einheit Deutschlands werden wir nur in einer gesamt-europäischen Friedensordnung erlangen.“

CDU

Wählen Sie Europas Zukunft per Brief - mit Ihrer Stimme für die CDU.



CDU

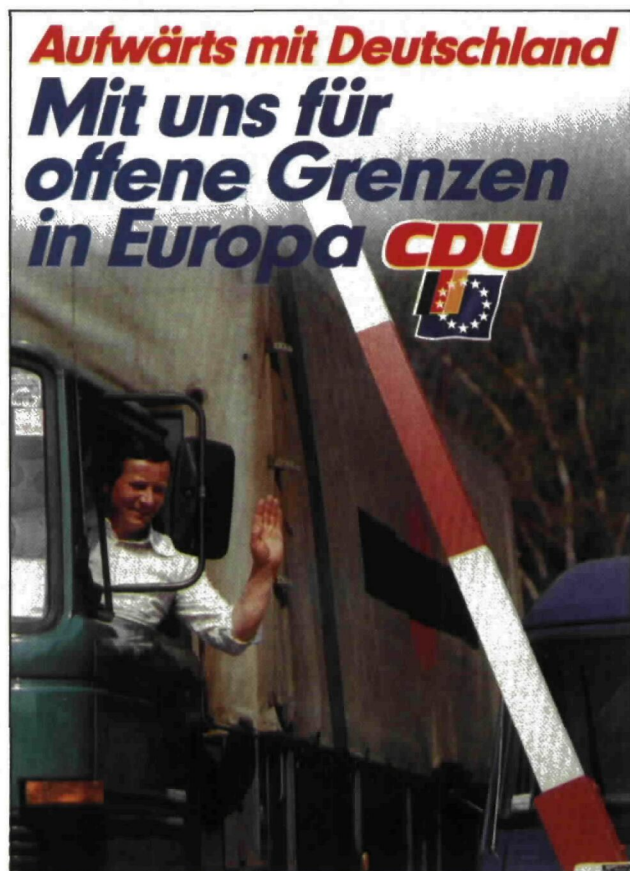
Produktion: CDU-Bundesgeschäftsstelle, 40111 Köln, Am Kaiserhof 1, 50667 Köln
 Druck: Gutenberg Druck & Medien, 10001 Berlin

Postkarte (Photo - 40)
 oder in der
 nächsten CDU-
 Ortsgruppe
 (Photo - 40)

An die Gemeinde- bzw. Stadtverwaltung

Strasse _____

PLZ/Ort _____



Europawahlkampf-Plakate in den Formaten DIN A 1 und DIN A 0

Die zentralen Werbemaßnahmen der Bundesgeschäftsstelle im Hauptwahlkampf

Die zentralen Werbemaßnahmen umfassen im wesentlichen zwei Bereiche: die Plakatierung und die Anzeigenkampagne. Die kommerzielle Plakatierung umfaßt in diesem Wahlkampf Großflächen und Ganzsäulen. Ab 25. Mai werden für zwei Dekaden rund 21.000 Großflächen belegt. Die Ganzsäulenplakatierung beinhaltet rund 4.000 Ganzsäulen für eine Dekade. Sie beginnt am 1. Juni.



Hauptträger der aktuellen politischen Auseinandersetzung wird, neben den Fernsehspots, wie auch im Bundestagswahlkampf 1983 eine aktuelle Anzeigenkampagne mit Schwerpunkt auf den regionalen Tageszeitungen sein. Die bisherige Planung geht davon aus, die regionalen Tageszeitungen mit sechs Einschaltungen zu belegen. Darüber hinaus belegt die CDU-Bundesgeschäftsstelle auch die überregionalen Tageszeitungen und die Boulevardzeitungen. Als Vorlauf zu dieser aktuellen Tageszeitungskampagne ist eine Anzeigenkampagne in Programm- und Publikumszeitschriften zu sehen, die jeweils zwei Einschaltungen umfaßt und Mitte Mai beginnt.

Europa muß zusammenwachsen. Nur gemeinsam haben wir eine Zukunft.

Bei der Europawahl am 17. Juni entscheiden Sie sich, wie es in Europa weitergeht. Nur gemeinsam haben wir eine Zukunft.

Wir wollen eine wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit, um den Wohlstand bei den neuen Technologien weiter auszubauen. Eine künftige gemeinsame Währung. Die Europäische „Aktiva“ (Europäische Zentralbank) werden in den Währungs- und europäischen Aktienmärkten einbezogen.

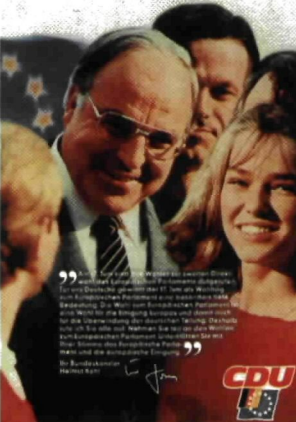
Wir wollen den Schutz der Umwelt über alle Grenzen hinweg. Meere, Flüsse und Luft gehören der gemeinsamen Umwelt aller Länder. Nur gemeinsame Handeln mag die Verschmutzung und damit unsere Existenz vor allem den Kindern sichern.

Wir wollen offene Grenzen. Ohne Grenzkontrollen und Ausreisegeldern können wir in Europa leichter zusammenwachsen.

Die Gemeinschaft hat in Europa den Frieden gestiftet und Vorherrschaft zwischen den Völkern geschaffen. Sie ist ein politisches Zentrum, das seine Verantwortung in der Welt wahrnimmt. Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit für alle Menschen zu gewährleisten.

Stellen Sie sich Europa Ihre Stimme. Und jede Stimme für die CDU ist eine Stimme für Europa.

Anmeldung am Bundeswahlamt. Mit uns für Europa.



Dein Brief für unsere Zukunft in Europa

Für unsere Kinder soll Europa einmal eine lebendige Gemeinschaft sein. Wir alle sind aufgerufen, beifolgend Europas Zukunft vorzubereiten.

- Wir wollen ein Europa, das die gemeinsame Sache über den nationalen Egoismus stellt.
- Wir wollen ein Europa, in dem wir weiter in Frieden und Freiheit zusammenwachsen können.
- Wir wollen ein Europa, das jedem die Chance gibt, sich selbst zu verwirklichen. An einem sicheren Arbeitsplatz, in einer lebenswerten Umwelt.

Schreiben wir dieses Europa jetzt, damit unsere Kinder eine nicht eines Tages vorverfüllte Blätter für eine historische Chance haben.

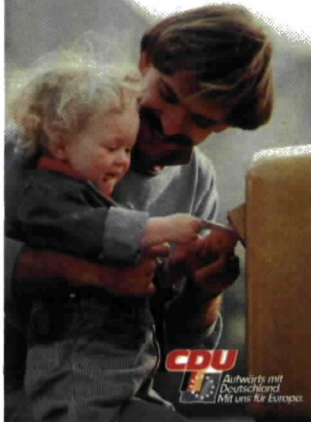
Geben Sie deshalb am 17. Juni zur Europawahl, Ihre Stimme für die CDU für eine Stimme für Europa.

Warten Sie die Möglichkeit zur Briefwahl, wenn Sie am 17. Juni nicht in den Wahllokalen gehen können. Senden Sie die Briefwahlunterlagen bei Ihrem Wahlleiter ein. Postkarte genügt. Und dann:

Wählen Sie Europas Zukunft per Brief - mit Ihrer Stimme für die CDU

Wir sind in Deutschland weltweit auch in Europa Christliche Demokraten für neuen Aufbau sorgen.

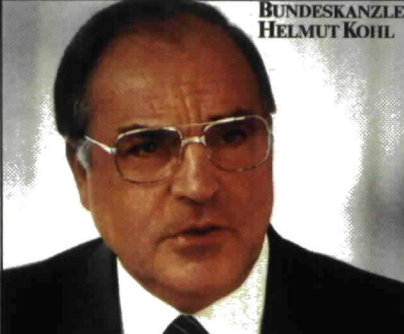
Für wirtschaftlichen Wohlstand, mehr Beschäftigung und soziale Sicherheit. Für eine Zukunft in unerschütterlicher Einheit, in Frieden und Freiheit - für uns und für unsere Kinder.



Die Wahlkampfplanung der CDU-Bundesgeschäftsstelle ist somit auf einen kurzen, aber intensiven und aktuellen Hauptwahlkampf ausgerichtet. Ziel aller Maßnahmen - sowohl im Bereich der Aktivitäten der Parteigliederungen als auch der zentralen Maßnahmen der Bundes-CDU - ist es, gerade in den letzten Wochen des Wahlkampfes eine hohe Mobilisierung unserer Anhängerschaft zu erreichen.

2.3. Veranstaltungen im Europa-Wahlkampf

BUNDESKANZLER HELMUT KOHL



Der Kanzler kommt

Europafestival Mittelstand
Samstag, 5. Mai 1984
17.00 Uhr Abschlusssitzung
Rathausplatz
Aachen



CDU EUROPA FESTIVAL

'84 Aachen, 5. Mai
Ruhel, mit dem und Rathaus

10.30 UHR
EUROPÄISCHER JAHRMARKT

15.00 UHR
EUROPA-SHOW



18.00 UHR
BUNDESKANZLER HELMUT KOHL

Das CDU-Europaschiff kommt



Europäischer Jahrmarkt
Bonn, Münsterplatz,
Freitag, den 27. April 1984
11.00 - 19.00 Uhr



Aufwärts mit Deutschland
Mit uns für Europa

Die Bundesgeschäftsstelle wird mit einem bunten und vielseitigen Veranstaltungsprogramm an die Öffentlichkeit treten.



Europafestivals

Auftakt des Hauptwahlkampfes nach Ostern war der Europatag in Aachen am 5. Mai. Der Bundeskanzler Helmut Kohl wird wie schon in Aachen auf drei weiteren Europafestivals in Ludwigshafen, Köln und Saarbrücken als Hauptredner auftreten. Außerdem findet ein Festival in Hannover mit Gerhard Stoltenberg als Hauptredner statt. Darüber hinaus wird der Bundeskanzler auf einem guten Dutzend Großveranstaltungen in jedem Bundesland sprechen.



CDU-Europaschiff

Parallel zu diesen Veranstaltungen wird die CDU den Wahlkampf mit zahlreichen Aktionen bürgernah begleiten. Kernstück ist das CDU-Europaschiff. Seit dem 27.4.1984 bereits unterwegs, wird das Europaschiff bis zum Wahltag am 17. Juni rund 150 Orte der Bundesrepublik erreicht haben. Die CDU-Europaschiffstournee läuft zweigleisig:

1. ein Schiff auf dem Rhein und seinen Nebenflüssen

2. zwei Schiffe auf Rädern von je 15 m Länge für öffentliche Plätze und Fußgängerzonen.

Diese Schiffe sind nicht nur attraktiver Blickfang, sondern gleichzeitig auch eine Kommunikationsplattform, d.h. ein CDU-spezifischer und mobiler Ausstellungspavillon und mehrfach einsetzbarer Informationsträger. Die Schiffe sind ausgestattet mit einer Reihe von Informationsmitteln, z.B. Video, Ausstellung, Computer etc. Vor Ort ist das Schiff Mittelpunkt für vielfältige Aktivitäten der CDU-Verbände, die das bestehende Aktions- und Informationsprogramm beliebig um ein eigenes Programm erweitern können. Der Tourneepplan für die Schiffe wurde bereits mit den Kreisverbänden abgestimmt.

Regionalkonferenzen

Unter der Devise 'Aktivieren durch Informieren' wurden insgesamt 7 Regionalkonferenzen durchgeführt. Auf den Regionalkonferenzen wurde den Funktions- und Mandatsträgern der jeweiligen Landesverbände die Planung des Europawahlkampfes der CDU-Bundesgeschäftsstelle vorgestellt. Die inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen und Materialien des Wahlkampfes stießen in allen Veranstaltungen auf breite Zustimmung. Die Regionalkonferenzen waren damit ein wichtiger Schritt zu einer umfassenden Mobilisierung der Partei für den Europawahlkampf. Die Regionalkonferenzen fanden an folgenden Terminen statt:

03. März 1984	Hamburg, für die Landesverbände Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein
10. März 1984	Duisburg, für den Landesverband Rheinland
21. März 1984	Saarbrücken, für den Landesverband Saar
24. März 1984	Borken, für den Landesverband Westfalen-Lippe
30. März 1984	Speyer, für den Landesverband Rheinland-Pfalz
31. März 1984	Cuxhaven, für die CDU-Niedersachsen
07. April 1984	Böblingen, für den Landesverband Baden-Württemberg



Zielgruppenveranstaltungen

Im Europa-Wahlkampf werden Zielgruppen Veranstaltungen durchgeführt am

- | | |
|---------------|--------------------------------|
| 05. Mai 1984 | Aachen — Mittelstand — |
| 12. Mai 1984 | Ludwigshafen — Arbeitnehmer — |
| 26. Mai 1984 | Köln — Frauen — |
| 31. Mai 1984 | Saarbrücken — Jugend — |
| 02. Juni 1984 | Hannover — Kommunalpolitiker — |

Bundesrednereinsatz

Für die Zeit vom 14. Mai — 15. Juni 1984 wird ein zentraler Bundesrednereinsatz geplant.

2.4. Materialien des Europawahlkampfes

(Stand 15. 4. 1984)

- | | |
|------|---|
| 0509 | Transparent „Aufwärts mit Deutschland — Mit uns für Europa“ |
| 1491 | Rahmenflugblatt Europa '84, DIN A |
| 1517 | Rahmenflugblatt Europa '84, DIN A 5, zu 2 Nutzen |
| 2442 | CDU-Europakalender |
| 2486 | Europameisterschafts-Kalender |
| 2496 | Faltblatt „12 gute Gründe für Europa“ |
| 2498 | Briefwahl-Prospekt |
| 2506 | Europa-Zeitung |
| 2550 | Europa-Illustrierte |
| 3474 | Handbuch zur Europawahl |
| 4530 | Video-Film: „Aufwärts mit Deutschland — Mit uns für Europa“ |
| 5512 | Broschüre „Europa als Wirtschaftsgemeinschaft“ |
| 5515 | Broschüre „Umweltschutz — Eine europäische Aufgabe“ |
| 5516 | Broschüre „Die europ. Union — Ziel unserer Politik“ |
| 5520 | Broschüre „Helmut Kohl — Europas Einheit stärken“ |
| 5547 | Broschüre „Europa lohnt sich“ |
| 5548 | Broschüre „Frieden, Freizügigkeit, Partnerschaft“ |
| 5549 | Broschüre „Wachstum, neue Technik, Arbeit“ |
| 8492 | Rahmenplakat Europa '84 |
| 8495 | Rahmenwandzeitung Europa '84 DIN A 2 quer |
| 8499 | Poster, „Europa-Schiff“, DIN A 1 quer |
| 8535 | EVP Poster |
| 8545 | Helmut Kohl: „Mit uns für Europa“ |
| 8552 | „Mit uns für Fortschritt“, Motivplakat |
| 8554 | „Mit uns für saubere Umwelt ...“, Motivplakat |
| 8556 | „Mit uns für offene Grenzen ...“, Motivplakat |
| 9295 | Zündholzbriefchen Europa '84 |
| 9481 | Europa-Puzzle |
| 9482 | Bleistift Europa '84 |
| 9484 | Nähetui Europa '84 |
| 9503 | Aufkleber Europa-Signet |
| 9504 | Aufkleber Europa-Signet mit CDU |
| 9507 | Sonnenblende Europa '84 |
| 9508 | Papierfähnchen Europa '84 |
| 9511 | Luftballon Europa '84 |
| 9514 | PVC-Aufkleber Canvassing-Stand Europa '84, 78 x 42 cm |
| 9525 | Kunststofftragetaschen „Europa '84“ |
| 9527 | Bastelbogen Europa-Schiff |
| 9542 | Textilbutton Europa '84 |

3. Diskussion der Stuttgarter Leitsätze

„Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation“

Am 17. Oktober 1983 setzte das Präsidium eine Kommission ein mit dem Auftrag, einen Entwurf für eine mittelfristig orientierte wirtschaftspolitische Konzeption zu erarbeiten.

Neben dem Generalsekretär als Vorsitzendem gehörten folgende CDU-Politiker dieser Kommission an: Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht, Professor Dr. Kurt Biedenkopf, Bundesminister Dr. Norbert Blüm, Ministerpräsident Lothar Späth und Bundesminister Dr. Gerhard Stoltenberg. Die Kommission erarbeitete in vier Sitzungen ihre Vorlage, die vom Präsidium beraten wurde. Im Januar 1984 lud der Vorsitzende Dr. Heiner Geißler mehrere Wissenschaftler zu einem Expertengespräch über Inhalt und Zielsetzung des Antrages ein.

Am 12. März 1984 verabschiedete der Bundesvorstand auf der Grundlage des Präsidiumsentswurfs einen Antrag an den Bundestag mit dem Titel: „Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation – Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre“. Die zuständigen Fachausschüsse der CDU erhielten vor Verabschiedung des Antrags durch den Bundesvorstand die Gelegenheit, ihre Anregungen und Kritik zu formulieren.

Der Antrag des Bundesvorstandes wurde in der Partei intensiv diskutiert. Bis zum 10. April 1984 gingen 237 Änderungsanträge aus den antragsberechtigten Gliederungen ein, über die endgültig aufgrund der Vorschläge der Antragskommission auf dem 32. Bundestag entschieden wird.

Die „Stuttgarter Leitsätze“ beantworten auf der Grundlage des Grundsatzprogrammes der CDU die wesentlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen die Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren steht.

Gemeinsam hat Europa eine Zukunft.

Das Weltraumlabor „Spacelab“ ist eine europäische Gemeinschaftsentwicklung. Sein Erstflug mit dem deutschen Astronauten U. Merbold eröffnet der Weltraumfahrt neue Perspektiven. Das Foto zeigt die Rohbauarbeiten in Bremen.



Die entscheidende Herausforderung der Zukunft ist für Europa die Wahrung seiner internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Nur wenn Europa auch in Zukunft seine wirtschaftliche Spitzenstellung in der Welt behält, kann es Wohlstand, soziale Sicherheit und Arbeitsplätze erhalten.

Aber Europa droht gegenüber den USA und Japan ins Hintertreffen zu geraten:

- Vor allem bei der Herstellung technologischer Spitzenprodukte.
- Im Bereich der Nachrichtentechnik, der automatisierten Datenverarbeitung, Meß- und Regeltechnik, Luft- und Raumfahrzeuge.
- In der Weiterzeugung von integrierten Schaltkreisen.
- Im Bereich der Biotechnologien.

Das gemeinsame europäische Flugzeug „Airbus“ wird inzwischen weltweit gegen schärfste Konkurrenz verkauft. Das ist Fortschritt in Europa, der Arbeitsplätze sichert und neue schafft.



Dazu das Wall Street Journal (31. Januar 1984): „Die Europäischen Länder werden in Zukunft in der technologischen Entwicklung zurückfallen: Japan und USA dagegen werden hier die Führung übernehmen.“

Nur gemeinsam kann Europa diese Herausforderung bestehen und seine Spitzenstellung in der Welt wahren. Europa braucht eine stärkere Zusammenarbeit:

■ Damit Europa nach außen als wirtschaftliche Einheit auftreten kann, muß seine Einheit im Inneren geschaffen werden. Deshalb brauchen wir den europäischen Binnenmarkt.

■ Wir müssen die gemeinsame Forschung verstärken: Wenn wir unsere Möglichkeiten in Europa konsequent nutzen, haben wir eine reelle Chance, verlorenes Terrain wiederzugewinnen.

■ Wir wollen die stärkere politische Einigung Europas nach innen und nach außen. Nur so können wir langfristig unsere berechtigten Interessen in der Welt wahren.

99 Europa muß sich auf seine Kräfte besinnen. Wir haben eine leistungsfähige Industrie, gut ausgebildete Arbeitnehmer, qualifizierte Wissenschaftler und anerkannte Forschungseinrichtungen. Ich habe daher keine Zweifel daran, daß die Europäer die Herausforderung bestehen werden, wenn sie gemeinsam und entschlossen handeln. 99

Heiner Geißler

CDU



Aufwärts mit Deutschland. Mit uns für Europa.

4. Veranstaltungen

4.1. Kongresse

4.1.1. Friedenskongreß am 08.11.1983

Unter dem Motto „Europas Verantwortung für den Frieden“, wurde am 8. November 1983 im Konrad-Adenauer-Haus ein Fachkongreß zur Friedens- und Sicherheitspolitik durchgeführt. Von der CDU nahmen neben dem Bundeskanzler und dem Generalsekretär der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Alfred Dregger, der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Manfred Wörner, der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Dr. Alois Mertes, und der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Dr. Egon Alfred Klepsch, teil.

In seinem Grundsatzreferat sprach sich der Kanzler eindeutig für die fortdauernde Gültigkeit der NATO-Strategie der Abschreckung aus. „Freiheitssicherung ist immer auch Friedenspolitik. Und das sollten wir niemals vergessen, wenn in diesen Tagen heftig über den besten Weg zum Frieden gestritten wird. Es geht für uns immer um Frieden und Freiheit.“

Auf der Tagung kamen auch christdemokratische und konservative Politiker aus anderen Ländern zu Wort. Der luxemburgische Ministerpräsident Pierre Werner und Italiens früherer Regierungschef und Außenminister Emilio Colombo forderten in Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler stärkere Anstrengungen auf dem Gebiet der europäischen Einigung. Einigkeit bestand auch darüber, daß die Verteidigungsfähigkeit der westlichen Demokratien gesichert bleiben muß, und daß dabei auf die USA als Partner in der NATO nicht verzichtet werden kann. Der Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Demokraten im Europaparlament, der Brite Sir Henry Plumb, wandte sich gegen „neutralistische Phantasien“. Die lateinamerikanischen Christdemokraten hatten ihren Präsidenten Ricardo Arias Calderon geschickt, der ein leidenschaftliches Plädoyer für eine engere Zusammenarbeit zwischen Zentral- und Südamerika und Europa hielt: „Wir sind die Dritte Welt des freien Westens“.

An einer Podiumsdiskussion unter Leitung des Generalsekretärs Heiner Geißler nahmen neben CDU-Politikern Sven Kraemer vom National Security Council Washington, Christopher L. G. Mallaby, Gesandter der Britischen Botschaft Bonn, und Prof. Dr. Joseph Rovin, Präsident de Bureau International de Liaison et Documentation Paris, teil.



4.1.2. Europakongreß 27.02.1984

Unter dem Leitwort „Wachstum, neue Technik, Arbeit — Europa in den 80er Jahren“ fand im Konrad-Adenauer Haus in Bonn ein Europakongreß der CDU statt, an dem Politiker, Wissenschaftler sowie Vertreter gesellschaftlicher Gruppen aus dem In- und Ausland teilnahmen.

Über Technologiepolitik und Fortschritt in den USA und in Japan referierten Harold L. Ergott, Präsident der Mostek-Corp. und Vizepräsident der United Technologies sowie Tonau Osatake, Professor an der Kohgakuin-University in Tokio. Beide sprachen sich für eine engere Zusammenarbeit der Industrieländer in der Mikroelektronik und bei der Robotertechnik aus. Im Eröffnungsreferat zum Thema „Wo steht Europa im internationalen Vergleich?“ warnte Generalsekretär Heiner Geißler, die wirtschaftliche Spitzenstellung Europas sei in Gefahr. Er sei jedoch überzeugt, daß Europa die technologische Herausforderung bestehen und Wohlstand, Beschäftigung und soziale Sicherheit erhalten könne.

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber referierte über „Wachstum, neue Technik, Arbeit - unsere Zukunft als Industrieland“ und Karl-Heinz Narjes, Mitglied der EG-Kommission, sprach über „Wege für eine dauerhafte Wirtschaftsbelebung in Europa“. Es folgten Kurzbeiträge von Professor Norbert Walter, Institut für Weltwirtschaft, Kiel, Prof. Dr. Gerhard Fels, Direktor des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Köln, Dr. Heinz Markmann, Direktor des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institutes des DGB, Düsseldorf, Dr. Horst Nasko, Vorstandsmitglied der Nixdorf Computer AG, München, Matthias Wissmann MdB, Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, und Bernhard Sälzer MdEP, Obmann des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Technologie im Europa-Parlament.

In seinem Schlußwort unterstrich Tagungspräsident Egon A. Klepsch, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, die wichtigste Aufgabe bleibe es, den gemeinsamen europäischen Markt zu festigen und auszubauen.



4.2. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräche

Die „Gespräche im Konrad-Adenauer-Haus“ unternehmen den Versuch, Themen der Gegenwart aufzugreifen, Standpunkte sichtbar zu machen und alternative Lösungsmodelle zu diskutieren. Dabei sollen keine parteipolitischen Kontroversen ausgefochten, sondern es soll ein offener Diskurs ermöglicht werden, der die Konzentration auf das Grundsätzliche ebenso wenig scheut wie den nüchternen Blick auf das Machbare.

4.2.1. Drittes Gespräch am 27. September 1983

„Der richtige Weg zum Frieden - Evangelium und Friedenspolitik“

Unter dem Vorsitz des Moralthologen und Rektors der Bonner Universität, Professor Dr. Franz Böckle, führten die beiden CDU-Mitglieder, der Fernsehjournalist Dr. Franz Alt und der Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler, ein Streitgespräch über den „richtigen Weg zum Frieden“. Diesem Gespräch folgte eine Plenardiskussion, an der sich ca. 60 Wissenschaftler, Publizisten, Vertreter kirchlicher Organisationen und Politiker beteiligten. An der Veranstaltung nahmen ca. 450 Zuhörer teil; sie wurde vom ZDF und von fast allen 3. Programmen der ARD übertragen.

Gegenstand des Streitgesprächs und der Diskussion waren die Kritik Franz Alts an der bisherigen Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland im allgemeinen und am NATO-Doppelbeschluß im besonderen. Heiner Geißler vertrat die Gegenposition, die der Meinung einer großen Mehrheit in der Union entspricht. Die von einer christlichen Position her entwickelte Kritik von Franz Alt muß insbesondere eine Partei wie die CDU herausfordern, die das „C“ im Namen führt. Dieser Herausforderung hat sich CDU-Generalsekretär Heiner Geißler im Streitgespräch gestellt. Streitgespräch und Diskussion zeigen, wie trotz gegensätzlicher Standpunkte hart, aber fair und tolerant im Umgang miteinander über den richtigen Weg zur Erhaltung von Frieden und Freiheit gestritten werden kann.

Das Streitgespräch und die Diskussion stießen innerhalb und außerhalb der Partei auf großes Interesse, die Berichterstattung in der Presse war umfassend. Das Streitgespräch und die wichtigsten Beiträge während der Plenardiskussion wurden in einem Taschenbuch veröffentlicht.



5. Parteigremien

5.1. Präsidium

Das Präsidium trat im Berichtszeitraum zu 12 Sitzungen zusammen.

Das Präsidium befaßte sich während des Berichtszeitraumes schwerpunktmäßig mit folgenden Themen:

- Außen- und Sicherheitspolitik
- Friedensdiskussion
- Steuer- und Haushaltspolitik
- Familienpolitik
- Sozialpolitik
- Vorbereitung Europawahlen

Darüber hinaus führte das Präsidium eine Reihe von Kontaktgesprächen mit Verbänden, Gewerkschaften und kirchlichen Institutionen.

5.2. Bundesvorstand

Der Bundesvorstand trat im Berichtszeitraum zu 9 Sitzungen zusammen.

Schwerpunktthemen:

- Analysen der Landtagswahlen von Hessen, Bremen und Baden-Württemberg
- Außen- und Sicherheitspolitik
- Friedensdiskussion
- Steuer- und Haushaltspolitik
- Familienpolitik
- Sozialpolitik
- Umweltschutzpolitik
- Verabschiedung des Programmentwurfs zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- Beratung und Verabschiedung des Leitantrages für den 32. Bundesparteitag „Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre - Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation“
- Berufung und personelle Zusammensetzung der Bundesfachausschüsse
- Richtlinien im Zusammenhang mit dem Parteienfinanzierungsgesetz
- Verabschiedung der Etats der CDU-Bundesgeschäftsstelle für 1983/1984
- Vorbereitung Europawahl

Beschluß des Bundesvorstandes vom 08.11.1983, bei der bevorstehenden Europawahl am 17. Juni 1984 - wie bereits bei der Europawahl 1979 - als Wahlvorschläge „Listen für einzelne Länder“ einzureichen (gem. § 8 Abs. 2 des Gesetzes für die Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland (Europawahlgesetz) vom 16.06.1978).

5.3. Bundesausschuß

Der Bundesausschuß trat im Berichtszeitraum zu zwei Sitzungen zusammen:

12.12.1983

- Bilanz der einjährigen Amtszeit der von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl geführten Koalitionsregierung von CDU/CSU und FDP
- Bericht des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur politischen Lage
- Bericht des Stellv. Parteivorsitzenden Bundesfinanzminister Dr. Gerhard Stoltenberg über die wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklung
- Bericht des Stellv. Parteivorsitzenden Bundesarbeitsminister Dr. Norbert Blüm zu sozialpolitischen Fragen

20.02.1984

- Bericht des Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl zur politischen Lage
- Bericht des Generalsekretärs Dr. Heiner Geißler über das von der Zukunftskommission „Jugend“ erarbeitete „Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“
- Verabschiedung des „Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“
- Nominierung der CDU-Delegierten zum V. EVP-Kongreß 1984

5.4. Landesgeschäftsführerkonferenzen

Die Landesgeschäftsführerkonferenz trat im Berichtszeitraum zu 9 Sitzungen zusammen.

Schwerpunktt Themen:

- Vorbereitung und Durchführung der Herbstaktion „Gemeinsam für Frieden und Freiheit“ 10.000 Friedenstag der CDU
- Vorbereitung Europawahlkampf
- Übernahme der technischen Modalitäten des ab 01.01.1984 in Kraft getretenen Parteienfinanzierungsgesetzes
- Aufbau eines CDU-Kommunikationsnetzes
- Bundesweites Pauschalabkommen mit der GEMA
- Haftpflichtrahmenvertrag für den Gesamtbereich der CDU
- Vorbereitung der innerparteilichen Diskussion über den Leitantrag des Bundesvorstandes zum 32. Bundesparteitag der CDU „Stuttgarter Leitsätze für die 80er Jahre – Deutschlands Zukunft als moderne und humane Industrienation“

5.5. Bundesfachausschüsse

5.5.01. Bundesfachausschuß Innenpolitik

Vorsitzender: Minister Kurt Böckmann MdL
Stellvertreter: Vors. Rolf Klein MdL
Dr. Karl Miltner MdB

Der Ausschuß hat einen **Beschluß** „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ gefaßt.

Der Ausschuß plant, folgende **Themen** zu behandeln:

- Konzept der CDU zur Ausländerpolitik
- Thesen der CDU zum Datenschutz
- Programm zur Bekämpfung der Kriminalität
- Thesen zum Wettbewerbsprinzip bei öffentlichen Dienstleistungen
- Ehrenamt und Wahlamt in den Gemeinden
- Beitrag des Öffentlichen Dienstes zum Abbau der Arbeitslosigkeit
- Fortentwicklung des öffentlichen Dienstrechtes

Unterkommissionen:

- Arbeitsgruppe Ausländerpolitik, Vors. Dr. Hans Joachim Jentsch
- Arbeitsgruppe Datenschutz, Vors. Joachim Stöckle
- Arbeitsgruppe Innere Sicherheit, Vors. Rolf Klein MdL
- Arbeitsgruppe Kommunalpolitik, Vors. Gerulf Herzog
- Arbeitsgruppe Öffentlicher Dienst, Vors. Minister Dr. Egbert Möcklinghoff MdL

5.5.02. Bundesfachausschuß Sport

Vorsitzender: Dr. Wolfgang Schäuble MdB
Stellvertreter: Dieter Graf Landsberg-Velen
Jürgen Rosorius MdL

Der Ausschuß hat einen **Beschluß** „Diskussionsentwurf Sport und Umwelt“ gefaßt.

Der Ausschuß plant, folgende **Themen** zu behandeln:

- Sport und Umwelt
- Deutsch/deutscher Sportverkehr
- Förderung der Sportvereine
- Humaner Leistungssport

Der Ausschuß hat folgende **Gespräche** geführt:

- Deutscher Schützenbund
- Deutscher Sportbund

Arbeitsgruppen:

- „Leistungssport“
- Vors.: Michael Sauer, Vorbereitung einer Konferenz über die Olympischen Spiele 1984
- „Sport und Umwelt“, Vors.: Jürgen Rosorius MdL
- „Vereinsförderung“, Vors. Ferdi Tillmann MdB

5.5.03. Bundesfachausschuß Kulturpolitik

Vorsitzender: Minister Dr. Peter Bendixen MdL
Stellvertreter: Parl. Staatssekretär Anton Pfeifer MdB
Dr. Gerhard Rödding MdL

Der Ausschuß hat eine **Erklärung** zur Novellierung des Hochschulrahmengesetzes abgegeben.

Der Ausschuß plant, folgende **Themen** zu behandeln:

- Programmatische Aussagen zum Bereich „Kunst und Kultur“
- Grundpositionen der CDU zum Schulwesen in freier Trägerschaft
- Bildungsziele im pluralen Staat
- Weiterbildung und Hochschule
- Sicherung der Qualität der schulischen Bildung im Hinblick auf die Anforderungen der Berufsausbildung
- Dauer der Ausbildungszeiten

Der Ausschuß plant, folgende **Gespräche** zu führen:

- Arbeitskreis Katholischer Schulen in freier Trägerschaft
- Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Schulbünde e.V.
- Bund der Freien Waldorfschulen e.V.
- Bundesverband Deutscher Privatschulen e.V.
- Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime

5.5.04. Bundesfachausschuß Jugendpolitik

Vorsitzende: Prof. Gabriele Kokott-Weidenfeld MdL
Stellvertreter: Parl.Staatssekretär Otto Bernhardt MdL
Hans-Georg Warken

Der Ausschuß hat zu folgenden Themen **Beschlüsse** gefaßt:

- Leitlinien zur Jugendhilfe
- Aufruf an die Jugend zur Europawahl „JA ZU EUROPA“

Folgende **Themen** wurden bereits behandelt:

- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit
- Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes
- Novellierung des Jugendgerichtsgesetzes
- Neuregelung des Jugendschutzgesetzes

Der Ausschuß plant, folgende **Themen** noch zu behandeln:

- Empfehlungen zum Internationalen Jahr der Jugend
- Empfehlungen zur JWG-Novelle
- Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Rahmen der Jugendhilfe
- Auseinandersetzung mit den „neuen Bewegungen“

Der Ausschuß plant, folgende **Gespräche** zu führen:

- Deutscher Bundesjugendring
- Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften
- Arbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk
- Arbeitsgemeinschaft kath.-sozialer Bildungswerke
- Arbeitsgemeinschaft deutscher Bildungsstätten

Unterkommissionen:

- Erarbeitung eines Positionspapiers
„Chancengleichheit der Mädchen“
Vors.: Eleonore Rudolph MdHB
- Erarbeitung einer Empfehlung zur „Novellierung des Jugendgerichtsgesetzes“
Vors.: Prof. Gabriele Kokott-Weidenfeld MdL

5.5.05. Bundesfachausschuß Wirtschaftspolitik

Vorsitzender: Minister Dr. Jürgen Westphal MdL
Stellvertreter: Peter Jungen
Senator Elmar Pieroth MdA

Der Ausschuß plant, sich mit folgenden **Themen** zu befassen:

- Steuerpolitik
- Subventionspolitik
- Konjunktur- und Arbeitsmarktpolitik

Unterkommissionen

- Unterausschuß „Forschungs- und Technologiepolitik“
Vorsitzender: Christian Lenzer MdB
- Unterausschuß „Innovation“
Vorsitzender: Senator Elmar Pieroth MdA

5.5.06. Bundesfachausschuß Agrarpolitik

Vorsitzender: Hans Peter Schmitz MdB
Stellvertreter: Karl Eigen MdB
Gerhard Kneib MdL

Der Ausschuß plant, eine Revision des Agrarprogramms der CDU vorzunehmen und dabei folgende **Themen** zu behandeln:

- Berücksichtigung der EG-Reformvorschläge
- Einheitsbewertung landwirtschaftlicher Nutzflächen
- Besteuerung landwirtschaftlicher Einkommen
- Weiterentwicklung agrar-sozialpolitischer Maßnahmen
- Umweltschutz

Mit dem Hauptvorstand der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten (GGLF) fand am 15. März 1984 ein Gespräch statt u.a. über Wohnungsbau und soziale Sicherung für Landarbeiter.

Unterkommissionen

Arbeitskreis I:
Mittel- und langfristige Fragen im Zusammenhang mit der EG
Vorsitzender: Karl Eigen MdB

Arbeitskreis II:
Steuer-/Pachtfragen
Vorsitzender: Staatssekretär Hanns-Günther Hebbeln

Arbeitskreis III:
Sozialpolitik
Vorsitzender: Günter Schartz MdB

Arbeitskreis IV:
Raumordnung und Landschaftspflege
Vorsitzender: Gerhard Kneib MdL

5.5.07. Bundesfachausschuß Städte- und Wohnungsbau

Vorsitzender: Dr. Franz Möller MdB
Stellvertreter: Ingrid Roitzsch MdB
Heinz Soënius MdL

Der Ausschuß plant, sich mit folgenden **Themen** zu befassen:

- Zukunftsfragen der Wohnungspolitik
- Vereinfachung des Baurechts/Schaffung eines Baugesetzbuches
- Neuordnung der Wohnungsbauförderung
- Neugestaltung der Gemeinnützigkeitsregelung im Wohnungsbau

5.5.08. Bundesfachausschuß Verkehrspolitik

Vorsitzender: Dirk Fischer, MdB
Stellvertreter: Gerhard O. Pfeffermann MdB
Dr. Günter Becker

Der Ausschuß hat folgende **Beschlüsse** gefaßt:

- Thesen zur Konsolidierung der Deutschen Bundesbahn
- CDU-Leitsätze zur europäischen Verkehrspolitik

Der Ausschuß plant, folgende **Themen** zu behandeln:

- Lösung verkehrs- und umweltpolitischer Zielkonflikte
- Vergrößerung der Flexibilität der marktwirtschaftlichen Ordnung im Verkehrsbereich
- Erhöhung der Verkehrssicherheit

5.5.09. Bundesfachausschuß Energiepolitik

Vorsitzender: Ludwig Gerstein, MdB
Stellvertreter: Dr. Gerd Löffler, MdHB
Dr. Lutz Stavenhagen, MdB

Der Ausschuß wird eine Revision des Energiepolitischen Programms der CDU vornehmen. Dabei stehen folgende **Themen** zur Beratung an:

- Marktwirtschaftliche Instrumente im Umweltschutz
- Energiesparen
- Fernwärme
- Einsatz von Elektrizität zur Wärmeversorgung
- Energiepolitik als Instrument der Exportförderung
- neue Energien, Energieforschung
- Kohle-Subventionen; langfristige Nutzung der Kohle

5.5.10. Bundesfachausschuß Umweltpolitik

Vorsitzender: Senator Dr. Volker Hassemer, MdA
Stellvertreter: Dr. Reinhard Göhner, MdB
Statssekretär Prof.Dr. Klaus Töpfer

Der Ausschuß plant, folgende **Themen** zu behandeln:

- flexible Instrumente der Umweltpolitik
- Bodenschutz
- Abfallwirtschaft
- Vorbereitung eines umweltpolitischen Fachkongresses

5.5.11. Bundesfachausschuß Sozialpolitik

Vorsitzender: Senator Ulf Fink
Stellvertreter: Roswitha Verhülsdonk MdB
Staatssekretär Kurt Härzschel

Der Ausschuß plant, folgende **Themen** zu behandeln:

- kommunale Sozialpolitik
- ehrenamtliche Dienste
- Nachbarschaftshilfe und Selbsthilfegruppen
- flankierende Arbeitsmarktpolitik
- Prinzipien der Sozialpolitik

Der Ausschuß plant, folgende **Gespräche** zu führen:

- Deutscher Gewerkschaftsbund und Deutsche Angestelltengewerkschaft
- Liga der Wohlfahrtsverbände
- Behindertenverbände
- Spitzenorganisationen der Kirchen

Unterkommissionen

- „Kommunale Sozialpolitik“
Leitung: Dr. Eberhard Müller-Steineck
- „Ehrenamtliche Dienste“
Leitung: Hans Herbst
- „Flankierende Arbeitsmarktpolitik“
Leitung: Prof. Dr. Rudolf Schimana
- „Frauenpolitik“
Leitung: Staatssekretärin Dr. Maria Herr-Beck
- „Prinzipien der Sozialpolitik“
Leitung: Senator Ulf Fink

5.5.12. Bundesfachausschuß Familienpolitik

Vorsitzende: Prof. Dr. Rita Süßmuth
Stellvertreter: Norbert Schlottmann MdB
Rita Waschbüsch MdL

Der Ausschuß behandelte bisher folgende **Themen**:

- Familienlastenausgleich
- Stiftung Mutter und Kind
- soziale Sicherung/Hinterbliebenenversorgung
- familienpolitische Aktivitäten in den Bundesländern

Die Arbeitsplanung sieht folgende weitere **Themen** vor:

- Neue Technologien und die Auswirkungen auf die Familie, besonders auf die Familienrolle der Frau
- Rollenbild von Mann und Frau

- Ehescheidungsrecht
- Erziehungsgeld
- Bildungspolitik

Unterkommission:

- Arbeitsgruppe „Familienlastenausgleich“
Vorsitz: Prof. Dr. Rita Süßmuth
- Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Frauenpolitik des BFA Sozialpolitik

5.5.13. Bundesfachausschuß Gesundheitspolitik

Vorsitzender: Senatsdirektor Albrecht Hasinger
Stellvertreter: Minister Rudi Geil MdL
Dr. Hanna Neumeister MdB

Zu folgenden Themen wurden **Stellungnahmen** abgegeben:

- Krankenhausfinanzierung
- Ärzteausbildung
- Gesundheitsforschung

Der Ausschuß plant, folgende **Themen** zu behandeln:

- Gesundheitserziehung
- Aktualisierung des Gesundheitspolitischen Programms
- Ambulante Dienste
- Pflegefallversicherung
- Psychotherapeutengesetz

Unterausschuß „Suchtproblematik“

Vors.: Walter Beckmann

5.5.14. Bundesfachausschuß Außen- und Deutschlandpolitik

Vorsitzender: Volker Rühe MdB
Stellvertreter: Elmar Brok MdEP
Prof. Dr. Werner Weidenfeld

Der Ausschuß hat eine **Resolution** „Zur Wiederherstellung der Demokratie auf Malta“ verabschiedet.

Der Ausschuß plant, folgende **Themen** zu behandeln:

- Latein- und Mittelamerika
- Das „Deutschlandbild in den USA“
- Motive und Zielsetzungen der Beziehungen zur DDR
- Französische Europapolitik - Vorstellungen und Probleme

Der Ausschuß plant, folgende **Gespräche** zu führen:

- Stiftung Wissenschaft und Politik Ebenhausen
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien Köln

5.5.15. Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik

Vorsitzender: Karl Lamers MdB
Stellvertreter: Parl. Staatssekretär Dr. Volkmar Köhler MdB
Prof. Dr. Klaus Simon

Der Ausschuß hat folgende **Beschlüsse** gefaßt:

- Die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes und der Nord-Süd-Konflikt
- Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Entwicklung in der Dritten Welt

Der Ausschuß plant, folgende **Themen** zu behandeln:

- Aktualisierung des entwicklungspolitischen Konzepts der CDU
- Fortsetzung der Dritte-Welt-Aktion
- Verschuldungskrise
- Menschenrechte
- Rüstung und Entwicklung
- Weltbevölkerung

Der Ausschuß plant, folgende **Gespräche** zu führen:

- Kirchen und kirchliche Gruppen
- Deutscher Industrie- und Handelstag
- Arbeitgeberverbände
- Bauernverband
- Deutscher Gewerkschaftsbund

Unterkommissionen:

Gruppe I

„Politischer Rahmen und grundlegende Ziele“
Federführung: Karl Lamers MdB

Gruppe II

„Organisation“
Federführung: Prof. Dr. Klaus Simon

Gruppe III

„Ordnungspolitische Rahmen (einschl. Politikdialog)“
Federführung: Prof. Dr. Winfried Pinger, Manfred Hedrich

Gruppe IV

„Personelle Zusammenarbeit (thematisch)“
Federführung: Hans-Peter Repnik MdB

Gruppe V

„Multinationale Organisationen“
Federführung: Dr. Peter Molt

Gruppe VI

„Dritte-Welt-Aktionsgruppen der Partei“
Federführung: Karl Osner

Gruppe VII

„Dialog Landwirtschaft (einschl. thematische Vorbereitung)“
Federführung: Franz Sauter MdB

Gruppe VIII

„Dialog Gewerkschaften (einschl. thematische Vorbereitung)“
Federführung: Werner Schreiber MdB

5.5.16. Bundesfachausschuß Sicherheitspolitik

Vorsitzender: Markus Berger MdB
Stellvertreter: Udo Ehrbar MdB
Dr. Paul Wilhelm Kolb

Der Ausschuß hat einen **Beschluß** „Der Europäische Beitrag zur Sicherung des Friedens“ gefaßt; ferner wurde eine **Erklärung** über „Alternative Verteidigungsstrategien“ abgegeben.

Der Ausschuß plant, folgende **Themen** zu behandeln:

- Wehrgerechtigkeit
- langfristige Personalsituation der Bundeswehr
- ethische Fundierung der Friedens- und Sicherheitspolitik
- Strategiediskussion
- Zivilschutz

Der Ausschuß plant, folgende **Gespräche** zu führen:

- mit sicherheitspolitischen Experten befreundeter westeuropäischer Partnerparteien
- mit US-amerikanischen und anderen alliierten Soldaten, die in der Bundesrepublik Deutschland stationiert sind.

5.5.17. Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ)

Vorsitzender: Staatsminister Friedrich Vogel MdB
Stellvertreter: Parl.Staatssekretär Benno Erhard MdB
Staatsminister a.D. Dr. h.c. Otto Theisen

Zu folgenden Themen wurden von Vorstand und Koordinierungsausschuß **Beschlüsse** gefaßt:

- Thesen zur rechtsstaatlichen Sicherung des inneren Friedens
- Juristenausbildung
- Grundsätze zur Reform des Versorgungsausgleichs
- Außergerichtliche Streitschlichtung

Darüber hinaus wurden folgende **Themen** behandelt:

- Föderalismus unter den Bedingungen einer unionsgeführten Bundesregierung
- Insolvenzrecht
- Strafverfahrens- u. Strafrechtsänderungsgesetz
- Ordnungswidrigkeitenrecht - Einführung der Halterhaftung?
- Änderung des § 20 GVG - Problematik einer möglichen Strafverfolgung von Repräsentanten anderer Staaten
- § 218 StGB
- Jugendstrafrecht
- Entbürokratisierung
- Ehescheidungsfolgenrecht
- Gefängnisüberfüllung
- Fachkonferenz „Europäische Rechtsgemeinschaft“

Fachkommissionen:

- Rechts- und Justizpolitisches Programm
Vorsitzender: Präsident Dr. Eberhard Kuthning
- Ehe- und Familienrecht
Vorsitzender: Prof. Dr. Wilfried Schlüter
- Juristenausbildung
Vorsitzender: Staatsminister Dr. Karl Hillermeier MdL
Staatsminister Dr. Gustl Lang MdL
- Verbraucherschutz
Vorsitzender: Staatsminister Dr. Karl Hillermeier MdL
Staatsminister Dr. Gustl Lang MdL
- Zukunftsprobleme der Rechtspolitik
Vorsitzender: Minister Dr. Henning Schwarz MdL
- Vierter Rechtspolitischer Kongreß
Vorsitzender: Staatsminister a.D. Dr.h.c. Otto Theisen
- Kriminalpolitik
Vorsitzender: Staatsminister a.D.
Prof. Dr. Hans-Dieter Schwind
- Jugendstrafvollzug
Vorsitzender: Minister Dr. Heinz Eyrich MdL

5.6. Kommissionen

5.6.1. Zukunftskommission Jugend: Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Der 31. Bundesparteitag der CDU hat am 26. Mai 1983 der Zukunftskommission den Auftrag erteilt, die Anträge und Diskussionen des Parteitages zum Problem der Jugendarbeitslosigkeit auszuwerten und konkrete Lösungsmöglichkeiten zu erarbeiten.

Unter dem Vorsitz des Generalsekretärs Dr. Heiner Geißler und der stellvertretenden Vorsitzenden, Frau Dr. Renate Hellwig MdB, erstellte die Kommission den Entwurf eines „Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“.

Dieser Entwurf wurde im Oktober 1983 allen Gliederungen der Partei mit der Bitte zugeleitet, die Vorstellungen der Kommission zu prüfen. Anfang 1984 lagen der Zukunftskommission rund 180 Vorschläge zur Ergänzung oder Änderung des Textes vor, die, soweit möglich, nach eingehender Beratung eingearbeitet wurden. Mit einigen weiteren Änderungen machte sich am 23. Januar 1984 der Bundesvorstand diesen Programmentwurf zu eigen und leitete ihn als Hauptantrag dem Bundesausschuß am 20. Februar 1984 zu. Die Delegierten des Bundesausschusses haben das „Programm der CDU zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit“ nach Diskussion und Berücksichtigung von Änderungsanträgen einstimmig beschlossen.

In seiner Einbringungsrede erklärte Generalsekretär Dr. Heiner Geißler, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gebe es keine Patentrezepte. Möglich sei nur der Weg der vielen kleinen Schritte, die kurz- und mittelfristig möglich seien, um jungen Menschen zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen zu verhelfen. Der Generalsekretär bezeichnete das Programm als „praktische Maßnahmenpalette“, die helfen soll, die vielen „Stolpersteine“ wegzuräumen auf dem Weg zu einer guten Berufsausbildung und einem sicheren Arbeitsplatz.

Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen des Programms zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gehören u.a.:

- Schwerpunktmaßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation von Mädchen und jungen Frauen
- Neuregelung der zwingenden Anrechnung des Berufsgrundbildungsjahres
- Vollausbildung in über- und außerbetrieblichen Ausbildungsstätten
- Ausnutzung aller Möglichkeiten zur Arbeitszeitverkürzung

In diesem Programm wird noch nicht Stellung genommen zum Problem der Arbeitsmarktsituation von Hochschulabsolventen. Die Zukunftskommission Jugend ist beauftragt, auf der Basis bereits vorhandener Entwürfe weiterzuarbeiten und einen programmatischen Vorschlag vorzulegen, über den der Bundesausschuß sobald wie möglich Beschluß fassen soll.

5.6.2. Zukunftskommission „Soziale Sicherung“

Am 26. Februar 1982 hat sich im Konrad-Adenauer-Haus die Kommission „Soziale Sicherung“, die vom Bundesvorstand der Christlich Demokratischen Union Deutschlands berufen wurde, konstituiert.

Aufgabe der Kommission ist es, einen Bericht zu erarbeiten über die Sicherung der finanziellen Grundlagen der Rentenversicherung, über den Zusammenhang von Renten- und Familienpolitik, über die Folgen des dramatischen Geburtenrückgangs auf die Sozialversicherung und über die Gleichbehandlung von Mann und Frau im Hinterbliebenenrecht.

Die Kommission hat 32 Mitglieder. Sie wird vom Generalsekretär der CDU, Dr. Heiner Geißler geleitet, (stellv. Vorsitzender Senator Ulf Fink). Sie hat - vorbereitet durch 10 Sitzungen einer „Kleinen Kommission“ - neunmal getagt.

Die Kommission „Soziale Sicherung“ wird ihre Arbeit bis zum Sommer 1984 abschließen.

5.6.3. Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU

Am 3. November 1983 hat sich in Bonn der Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU neu konstituiert. Zum neuen Vorsitzenden wurde der CDU-Fraktionsvorsitzende im Niedersächsischen Landtag, Dr. Werner Remmers MdL, gewählt. Stellvertreter wurden der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Gerold Tandler, und Bundesminister Dr. Christian Schwarz-Schilling. Der Ausschuß hat seit seiner Konstituierung dreimal getagt.

Als Schwerpunkte der Ausschußarbeit wurden folgende Themenbereiche vorgesehen:

- Nutzung fortschrittlicher Informations- und Kommunikationstechniken
- Schaffung ordnungspolitischer Voraussetzungen für den Einsatz moderner Technologien in den CDU/CSU-regierten Bundesländern (Landesmediengesetze)
- Akzentuierung der europäischen Medienpolitik
- Beratung von Bund und Ländern bei der Einführung der Satellitentechnik
- Fortschreibung der medienpolitischen Programmatik der Union
- Veranstaltung eines Medienkongresses
- Beobachtung der Kabelpilotprojekte

Zu den einzelnen Themenbereichen wurden die Arbeitskreise „Medienkongreß“, „Medienhandbuch“, „Wirtschaftlich-technische Fragen der Neuen Medien“ und weitere Gesprächskreise zur vertiefenden Information über verschiedene Sachgebiete gebildet. Die Arbeitskreise haben bereits mehrfach getagt und ihre jeweiligen Aufgaben konkretisiert.

Um die Entwicklung der Neuen Medien sachgerecht begleiten und praxisnah beurteilen zu können, hat der Koordinierungsausschuß am 1. März 1984 in der Anstalt für Kabelkommunikation (AKK) in Ludwigshafen eine Sitzung durchgeführt und sich über den Versuchsverlauf des Kabelpilotprojekts unterrichtet. Folgerichtig findet die nächste Sitzung des Ausschusses in der Münchner Pilotgesellschaft für Kabelkommunikation statt.

5.6.4. Europawahl-Kommission

Die vom Präsidium am 30.08.1982 eingesetzte Europawahl-Kommission zur Vorbereitung und Durchführung der 2. Europäischen Direktwahl tagte im Berichtszeitraum viermal.

Zusammensetzung der Kommission:

Vorsitzender: Dr. Egon A. Klepsch, MdEP

Mitglieder: Dr. Philipp von Bismarck, MdEP
Siegbert Alber, MdEP
Karl-Heinz Bilke
Kai-Uwe von Hassel, MdEP
Hans Katzer, MdEP
Rudolf Luster, MdEP
Dr. Karl-Heinz Narjes
Peter Radunski
Gerhard Reddemann, MdB
Rudolf Seiters, MdB
Prof. Werner Weidenfeld
Axel Zarges, MdEP

Vertreter der Vereinigungen der CDU:

Adolf Herkenrath, KPV
Frau Marlene Lenz, MdEP, Frauenvereinigung
Adolf Mikoleit, OMV
Holger Müller, Junge Union
Heribert Scharrenbroich, CDA
Frau Ingeborg Hoffmann, MdB, Mittelstandsvereinigung

Aufgaben der Kommission:

- Festlegung der thematischen Grundaussagen für den Europawahlkampf unter Beachtung der für die Bundesrepublik Deutschland wichtigen Ansatzpunkte
- Maßnahmenplanung der CDU im Kontext mit der EVP
- Sondermaßnahmen der Vereinigungen auf europäischer Ebene
- Vorbereitung des Europawahlkampfes der Bundespartei.

Die Koordination der Wahlkampfarbeit der Bundespartei fand unter Leitung von **Generalsekretär Dr. Heiner Geißler** in der Arbeitsgruppe Europawahlkampf statt.

Mitglieder: Dr. Egon A. Klepsch, MdEP
Peter Radunski
Siegbert Alber, MdEP
Dr. Peter Hartmann
Claus A. Lutz
Gerhard Reddemann, MdB
Horst Teltschik
Prof. Werner Weidenfeld

Die Arbeitsgruppe verständigte sich in 3 Sitzungen über die Schwerpunktthemen des Wahlkampfkonzeptes und erarbeitete den Entwurf des Europawahlaufrufs der CDU, der als Antrag des Bundesvorstandes auf dem Europa-Tag des 33. Bundesparteitages verabschiedet werden soll.

5.7. Bundesparteigericht der CDU

Das Bundesparteigericht der CDU trat in der Zeit vom 1. April 1980 bis 31. März 1984 zu insgesamt 13 Sitzungen zusammen. In ihnen wurden 5 Parteigerichtsverfahren aus den Jahren 1978/79 sowie 15 Parteigerichtsverfahren aus den Jahren 1980 bis 1983 abschließend behandelt; 4 Parteigerichtsverfahren, die bei dem Bundesparteigericht 1983 noch anhängig wurden, konnten bisher aus Verfahrens- und Zeitgründen noch nicht behandelt werden. Die vorgenannten insgesamt 24 Parteigerichtsverfahren umfassen 8 Ausschlußverfahren, 6 Anfechtungen parteiinterner Wahlen, 5 Anfechtungen von Beschlüssen verschiedener Organe der Jungen Union und 2 Anträge auf Erlass Einstweiliger Anordnungen. In 9 Fällen wurden die Rechtsbeschwerden/Beschwerden zurückgewiesen; 6 Parteigerichtsverfahren wurden wegen Rücknahme des Rechtsmittels/Antrags eingestellt, 1 Parteigerichtsverfahren endete durch Vergleich. Die restlichen 4 Verfahren wurden vom Bundesparteigericht anderweitig abgeschlossen, wobei sich nur 1 Fall der Anfechtung der Wahl eines Ortsverbandsvorstandes sowie örtlicher Delegierter als begründet erwies.

Das Bundesparteigericht der CDU beabsichtigt, die Zusammenarbeit insbesondere mit den CDU-Landesparteigerichten zu intensivieren und dabei auch für eine gegenseitige Information über die getroffenen, rechtskräftig gewordenen Entscheidungen zu sorgen. In diesem Zusammenhang ist wesentlich, daß die „Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht“ in Heft 2/3 – 1982, Seite 159 ff, eine grundlegende Entscheidung des Bundesparteigerichts vom 25. März 1981 über Minderheitenrechte in Mitgliederversammlungen politischer Parteien veröffentlicht hat, die auch von Prof. Dr. W. Henke (Nürnberg-Erlangen) in der vorgenannten Fachzeitschrift 1982, Seite 84 f, besprochen worden ist.

6. Die Bundesgeschäftsstelle

6.1. Organisationsstruktur

Organisationsplan der CDU-Bundesgeschäftsstelle

(Ausklapptafel im Umschlaginnendeckel)

Organisationshandbuch der CDU

Ein sehr wichtiges und umfangreiches Arbeitsmittel für die Funktions- und Mandatsträger der Landes- und Kreisverbände stellt das Organisationshandbuch der CDU mit einer Auflage von 2000 Exemplaren dar. Dieses Organisationshandbuch ist im Oktober 1983 neu aufgelegt worden. Hierbei wurde der Aufbau und die Struktur der einzelnen Seiten geändert, um so eine optimalere Nutzung zu gewährleisten. Ein Inhaltsverzeichnis mit einer Grob- und Feingliederung ermöglicht ein schnelles Auffinden der gewünschten Informationen; eine Erweiterung in den Teilen „Bundesregierung“, „Vereinigungen“, „Sondervereinigungen“ und „Europa“ garantiert ein noch größeres Angebot von Informationen.

Um einen aktuellen Stand des Organisationshandbuches gewährleisten zu können, werden in einem Abstand von einem Vierteljahr Nachlieferungen erstellt. Die erste Nachlieferung mit ca. 250 Veränderungen ist mit Stand 15. Januar 1984 und die zweite Nachlieferung mit ca. 200 Veränderungen mit Stand 15. April 1984 herausgekommen. Die dritte Nachlieferung wird zur Zeit bearbeitet.

6.2. Die Öffentlichkeitsarbeit

Informations- und Werbematerial (Auswahl)

Die Materialien zur Friedensaktion und Europawahl sind in dem entsprechenden Kapitel des Berichtes aufgeführt.

Programme, Dokumentationen, Beschlüsse

im Berichts- zeitraum ver- teilte Auflage

2077	Prospekt: Umweltpolitisches Programm	28.450
2382	Argumentationsfaltblatt	15.700
2432	CDU-Zeitung zur Regierungserklärung	738.200
2915	Prospekt: Grundsatzprogramm	33.800
3016	Der Deutsche Widerstand und die CDU	643
3074	Die Geschichte der CDU	1.482
3279	Beschluß des 30. Bundesparteitages	1.000
3379	Broschüre -1983- Lutherjahr	3.090
3395	Handbuch Politische Argumentation	5.075
3434	Broschüre: Regierungserklärung (15. Mai 83)	10.045
3438	Rede H.Kohl 31. Bundesparteitag	36.450
3439	Rede H.Geißler 31. Bundesparteitag	19.400
3440	Rede A.Dregger 31. Bundesparteitag	17.700
3478	H.Kohl: Regierungserklärung 21.11.83	1.300

3869	Die Programme der CDU - Dokumentation	682
3885	Politisches Programm der EVP(1979)	5.900
3912	Grundsatzprogramm der CDU	34.365
4487	Video-Film, „CDU - die große Volkspartei“	336
5010	Broschüre: Mehr Humanität im Krankenhaus	2.660
5056	Broschüre: Weniger Bürokratie - mehr Freiheit	3.400
5285	Broschüre: Bildungspolitik	9.750
5287	Broschüre: Politik der aktiven Friedenssicherung	1.470
5315	Sportprogramm der CDU	4.150
5352	Broschüre: Die SPD als Regierungspartei - Schlußbilanz	2.650
5365	Broschüre: Arbeit schaffen	2.900
5366	Broschüre:Frieden schaffen	18.250
5371	Broschüre:Umwelt schützen	8.500
5372	Broschüre:Ausländer in Deutschland	6.250
5380	Broschüre:Die Rotgrünen	1.000
5389	Broschüre:Das soziale Netz erneuern	8.100
5394	Broschüre:Innere Sicherheit	3.500
5396	Broschüre:Die Freiheit verpflichtet	2.600
5410	Broschüre:Mieten schützen	6.050
5537	Broschüre: Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft	1.850
5586	Unsere Agrarpolitik	3.600
5892	Gesundheitspolitisches Programm	2.310

Canvassing/Straßenaktionen, Kleinwerbemittel

Auflagen

0301	Ordner-Armbinden	4.850
0398	Info-Mappen	35.250
0414	CDU-Fahne, schwarz, rot, gold	127
0457	CDU-Sonnenschirm	441
0504	Autogrammkarte H.Kohl DIN A6	44.400
0505	Autogrammkarte H.Kohl/Profil DIN A6	6.600
0542	Hinweisschild, 18x63cm	1.210
0546	PVC-Aufkleber	450
0594	Magnetfolien 60x32cm	55
0994	Canvassing-Stand	151
2442	CDU-Europakalender	10.370
9036	CDU-Bleistift	278.000
9093	Aufkleber: Die CDU ist für Frauen da	10.400
9137	CDU T-Shirt	2.461
9204	CDU-Schlüsselanhänger	30.800
9292	CDU-Bierdeckel	86.400
9293	CDU-Einwegfeuerzeug	31.376
9304	CDU-Luftballons, bunt sortiert	527.000
9305	Ballondrahtstäbe	189.500
9323	Button CDU-Frauenvereinigung	850
9355	Tischständer mit CDU-Fähnchen	351
9362	CDU-Schal, schwarz, rot, gold	1.706

9385	Textilbutton	1.900
9386	Aufkleber H.Kohl	10.700
9303	Papierfähnchen Schwarz/Rot/Gold	239.500
9428	CDU-Kugelschreiber	70.550
9528	Aufkleber: Erkennungszeichen	87.900
9536	CDU-Kunststofftragetaschen	287.000
9540	CDU-Skatspiel	26.920
9545	CDU-Gummiball /5cm Durchmesser	32.600
9777	CDU-Mini-Aufkleber	8.600
9813	Notizblock mit CDU-Aufdruck	75.500
9814	Parkscheibe mit CDU-Aufdruck	17.450
9890	Eiskratzer mit CDU-Aufdruck	10.650

Anleitungen und Materialien zur Parteiarbeit

Auflagen

0148	Anstecknadel (Blau mit CDU-Signet)	10.125
0155	Anstecknadel mit Silberkranz	5.400
0247	Mappe für Ehrenurkunde	4.725
0264	Anstecknadel mit Silberkr./Sicherheitsn.	1.275
0316	Willkommen-Scheckheft für Neumitglieder	11.655
0397	Ehrenurkunde neutral	11.855
0534	Anstecknadel Erkennungszeichen	20.100
2871	Mitgliederwerbeprospekt	74.250
3092	Aktionshandbuch Frauen	980
3272	Ortsverbandshandbuch	4.352
3363	CDU-Statut	11.825
4177	Regiebuch Wahlkampf	950
4320	Regiebuch Kommunalwahlkampf	225
4369	Regiebuch Pressearbeit	1.450
4395	Regiebuch Vorpolitischer Raum	850
4473	Regiebuch Großstadtarbeit	700
4495	Regiebuch Öffentliche Veranstaltungen	925
4800	Regiebuch CDU-Zeitung	250
4801	Regiebuch Kritisches Fernsehen	850
4802	Regiebuch: CDU-Ideenbuch	1.025
4094	Regiebuch Mitgliederwerbung	980

Poster, Plakate und Rahmenmaterialien

Auflagen

1107	Rahmenflugblatt A4, schwarz, rot, gold	72.000
1517	Rahmenflugblatt 2 Nutzen DIN A5	109.000
1521	Rahmenflugblatt „Zur Sache“ DIN A4	84.000
8000	Rahmenplakat DIN AO	3.400
8001	Rahmenplakat DIN A1	18.400
8002	Rahmenplakat DIN A2	7.300
8003	Rahmenwandzeitung	1.850

6.3. Pressearbeit

6.3.1. Der Sprecher der CDU

Aufgabe der Pressestelle ist es, der Politik der CDU zu einem möglichst wirkungsvollen Widerhall in den Medien zu verhelfen. Die Mittel hierzu sind Pressekonferenzen, Hintergrundgespräche, schriftliche Pressemitteilungen sowie zahllose Einzelgespräche mit Journalisten aus Presse, Rundfunk und Fernsehen. Hinzu kommen organisatorische Aufgaben wie zum Beispiel die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlkampfreisen prominenter Politiker, die Pressebetreuung auf Parteitagen, Kongressen und anderen Veranstaltungen der CDU sowie die Beobachtung und gegebenenfalls Kommentierung der Aktivitäten gegnerischer Parteien. In die Verantwortung der Pressestelle fällt auch das „Deutsche Monatsblatt“ und der Pressedienst der Partei, der „Deutschland-Union-Dienst“.

Neben offiziellen Pressekonferenzen sind in den vergangenen Jahren in immer stärkerem Maße vertrauliche Hintergrundgespräche zu einem wichtigen Instrument der Informationspolitik geworden. Die Pressestelle hat sich diese Entwicklung zunutze gemacht, indem sie selber solche Gesprächskreise in Form eines Stammtisches für Bonner Parlamentskorrespondenten, eines Kreises für ausländische Korrespondenten und je nach Anforderung mit ausgewählten, an besonderen Fachfragen interessierten Journalisten organisierte.

Im Europa-Wahlkampf 1984 werden für zahlreiche in- und ausländische Journalisten Wahlkampfbegleitungen organisiert. Der Kontakt zu den Sprechern der Landesverbände, der Vereinigungen, der von der CDU geführten Landesregierungen, der Bundestags- und Landtagsfraktionen und der Bundesregierung wird durch Sprechertreffen gepflegt. Die von der Pressestelle veröffentlichten Pressemitteilungen bemühen sich um kurze prägnante Darstellungen der Sachverhalte und versuchen bei aller notwendigen Klarheit polemische Schärfen zu vermeiden.

Der von nur zwei Redakteuren gestaltete „Deutschland-Union-Dienst“ hat mit seinem werktäglichen Tagesdienst eine Auflage von 1050 Exemplaren erreicht. Die Auflage der DUD-Wochenausgabe beträgt 1500 Exemplare. Der DUD wird in den Nachrichtenagenturen und Tageszeitungen wesentlich häufiger zitiert als andere Parteidienste. Der ebenfalls wöchentlich erscheinende Dienst „Gesamtdeutsche Nachrichten und Kommentare“ (GNK) hat eine Auflage von 2200 Exemplaren.

6.3.2. Deutsches Monatsblatt

Die redaktionelle Verbesserung hinsichtlich größerer Lesbarkeit des Deutschen Monatsblattes wurde auch im Berichtsjahr fortgesetzt. Sie war zum einen geprägt durch den Wechsel der Druckerei; das verbesserte die Qualität des Druckes und macht seitdem auch den Druck von Farbfotos möglich. Davon wird im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten Gebrauch gemacht. Solche Verbesserungsprozesse erstrecken sich bei einem Periodikum über eine längere Zeit, und sie werden fortgesetzt. Ziel ist, auch eine stärkere Regionalisierung unter Einbeziehung der einzelnen Landesverbände zu erreichen.

Mit den redaktionellen Verbesserungen setzte auch eine aktivere Beteiligung der Leser bzw. der Mitglieder ein. Die Zahl der Leserbriefe steigt ständig und erhöht die Möglichkeit des aktuellen Gedankenaustausches. Ein großer Erfolg sind inzwischen die in jeder Ausgabe erscheinenden Seiten geworden, auf denen über „Aktivitäten“ der Orts- und Kreisverbände berichtet wird. Im Vordergrund standen in den letzten Monaten dabei vor allem Berichte über Umweltfragen und Dritte-Welt-Aktionen.

Die Zusammenarbeit der Redaktion des Deutschen Monatsblattes mit der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit ist noch enger geworden. Hier findet ein kollegialer Austausch statt mit dem Erfolg, daß die von der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit geplanten und produzierten Maßnahmen sehr breit den einzelnen Mitgliedern vorgestellt werden. Gemeinsam erarbeitete Aktionen dienen der Mobilisierung der Mitgliedschaft. Der im Rahmen des Europa-Wahlkampfes veranstaltete Slogan-Wettbewerb brachte mehr als eintausend Einsendungen.

Die Zusammenarbeit zwischen der Redaktion des Deutschen Monatsblattes und der Hauptabteilung Öffentlichkeitsarbeit dokumentierte sich auch in diesem Jahr in der gemeinsamen Produktion von CDU-extra. Die dabei gewonnenen Erfahrungen werden wechselseitig genutzt, um dieses Medium noch stärker als bisher einsetzen zu können.

6.4. Ausbau eines elektronischen Kommunikationssystems

Das CDU-Kommunikations-Netz

Im heutigen Zeitalter der technischen Revolutionierung und der fortschreitenden Computervernetzung macht der Prozeß der Durchdringung mit Mikroelektronik weder vor dem Privathaushalt noch vor kleineren Betrieben und Dienstleistungsorganisationen halt. Die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit - und dies gilt auch für den politischen Markt - wird stark davon abhängen, wie man sich auf diesen Trend einstellt und wie er für die eigene Organisation genutzt wird. Der globale Überblick über den Entwicklungsstand der „neuen Medien“ zeigt, daß 1986 ca. 2 Millionen Büros mit den neuen Techniken arbeiten werden (Text-, Datenverarbeitung, Bürokommunikation). Schon dies belegt, wie wichtig der Aufbau eines leistungsfähigen Systems auch für die Arbeit und die Schlagkraft der CDU ist.

Aufgaben des CDU-Kommunikations-Netzes

Die Konzeption des Systems sieht vor, daß die Gliederungen der Partei mit eigenen Computersystemen ausgestattet sind und somit vor Ort autonom die anfallenden Arbeiten erledigt werden können. Dazu liefert die CDUBundesgeschäftsstelle kostenlos die notwendigen Programme und schult die Mitarbeiter. Die Kommunikation zwischen beliebigen Partnern des CDU-Netzes wird durch die systemeigenen Möglichkeiten der Datenfernübertragung (Texte, Flugblätter, Mitgliederdaten usw.) gewährleistet. Mit dem eigenen System vor Ort können mit den entsprechenden Programmen, die zum größten Teil bereits fertiggestellt sind, wie in der Bundesgeschäftsstelle, Aufgaben aus den drei großen Bereichen Textverarbeitung, Datenverarbeitung und Datenfernübertragung sehr leicht erledigt werden. Dazu gehören:

A. Textverarbeitung

- Normale Geschäftspost, Briefe, Flugblätter, Presseerklärungen etc.
- Spendenbriefaktionen, Mahnschreiben, Zielgruppenaktionen, Geburtstagsbriefe, Einladungen
- Verwalten von Terminen, Sälen und Hallen, Statistiken u. a.
- Reden, Dokumentationen, Textbausteine etc.
- Erstellen von Druckvorlagen, Zweikolonnendruck, Blocksatz u. a.
- Textarchivierung

B. Datenverarbeitung

- Adressverwaltung für Zielgruppen (Journalisten, Vereinsfunktionäre, Spender etc.)
- Mitgliederverwaltung (Zu-, Abgänge, Änderungen) incl. Mitteilungen nach Bonn per Datenfernübertragung und diverse Selektionen
- Beitragswesen für die Mitglieder der Partei und der Vereinigungen
- Finanzbuchhaltung einschließlich Budgetierung

C. Datenfernverarbeitung

- Mitgliedermeldungen, Änderung an ZMK in Bonn
- Übermittlung von Serviceaufträgen nach Bonn und deren Ausdruck vor Ort
- Kommunikation mit Kreis-, Landesverbänden und der CDU-Bundesgeschäftsstelle
- Abrufen von Informationen (Texte, Reden etc.) aus der zentralen Datenbank in Bonn - Informationsdatenbank -
- „Neue Medien“: Bildschirmtext (BTX) und Teletex

Der gegenwärtige Entwicklungsstand des CDU-Netzes

Nach der grundsätzlichen Entscheidung zum Aufbau des CDU-Netzes (vgl. Geschäftsbericht zum 31. Bundesparteitag in Köln) liefen in einer „Pilotphase“ (seit Herbst 1982) die Arbeiten am Netzaufbau auf vollen Touren: Die CDU-Bundesgeschäftsstelle erhielt eine Wang-Anlage (Typ VS 100), die allen Ansprüchen genügt. Zur Zeit sind an diesem System ca. 80 Bildschirme, 3 Fotosatzgeräte, 27 Drucker und 8 Speicherplatten mit einer Kapazität von rund 1,6 Gigabyte (ca. 1,6 Milliarden Zeichen) - demnächst 1.9 Gigabyte (ca. 1.9 Milliarden Zeichen) - angeschlossen.

Daneben verfügen derzeit **bereits 7 Landes- und 6 Kreisverbände über ein eigenes System**. Weitere Verträge sind abgeschlossen. Damit ist die Mehrzahl der CDU-Landesverbände in das CDU-Netz integriert. Bis Ende diesen Jahres - so die Planung - soll das Netzwerk auf Landesebene voll ausgebaut sein.

Die volle Leistungs- und Schlagkraft des Systems soll für den Bundestagswahlkampf 1987 genutzt werden. Die Jahre 1984 bis 1986 werden deshalb zum stufenweisen Ausbau auf mehreren Ebenen und unter Berücksichtigung der Landtagswahltermine genutzt.

Gegenwärtig liegt die erste Priorität noch im Bereich der Programme (Erstellung, Weiterentwicklung und Adaption der notwendigen Software). Wenn diese Phase in Kürze beendet ist, wird sich zwangsläufig eine Prioritätsverlagerung ergeben: **der weitere Ausbau, die fortschreitende Anbindung der Gliederungen und die Integration der „neuen Medien“ werden zunehmend an Bedeutung gewinnen** (z. B. Feldversuch BTX bei den Landtagswahlen 1985).

Wenn dieser Stufenplan abgeschlossen ist, wird die CDU den Anforderungen des Wahlkampfes 1987 flexibler und organisatorisch schlagkräftiger als je gegenüberstehen.

Vorteile des Systems für die Kreisverbände

Die Vorteile eines eigenen Computer-Systems in der Geschäftsstelle eines Kreisverbandes liegen auf der Hand und seien hier kurz aufgelistet:

- Die insgesamt zur Verfügung stehende Arbeitszeit kann sinnvoller genutzt werden, da rein mechanische Tätigkeiten (z.B. Mehrfacherstellung von Texten) vom System übernommen werden.
- Damit steigt die Effizienz der Mitarbeiter, qualitativ kann bessere Arbeit geleistet werden.
- Dadurch kann das Leistungsangebot nach außen verbessert und erhöht werden, ohne zusätzliches Personal einzustellen. Auch in Spitzenzeiten brauchen kaum Hilfskräfte eingestellt zu werden.
- Durch die Anwendung der integrierten Text- und Datenverarbeitung werden Zielgruppenaktionen effizienter; durch die Möglichkeiten von Spenden- und Mahnaktionen kann sich auch die finanzielle Situation verbessern.
- Durch die Kommunikation im Verbund und in vertikaler Richtung laufen die Informationsströme schneller und Reaktionen auf das aktuelle politische Geschehen können schneller erfolgen.

Fazit:

Die Einrichtung eines eigenen Computer-Systems in einem Kreisverband der CDU bringt für den einzelnen Verband wesentliche Vorteile, die sich in höherer Schlagkraft und breiterer Flexibilität niederschlagen. Im Verbundsystem kommen diese Vorteile der gesamten CDU bundesweit zugute. Langfristig kann damit der erhebliche organisatorische Vorsprung der CDU vor anderen Parteien gehalten bzw. noch weiter ausgebaut werden. Dies ist nicht zuletzt Voraussetzung für erfolgreiche Wahlkämpfe und damit eindrucksvolle Wahlsiege.

6.5. Unterstützung von Landtagswahlkämpfen

6.5.1. Überblick

Im Berichtszeitraum fanden drei Landtagswahlen statt:

Wahl zur Bremer Bürgerschaft: 25.09.1983

Landtagswahl Hessen: 25.09.1983

Landtagswahl Baden-Württemberg: 25.03.1984

In Absprache mit den einzelnen Landesverbänden gab die Bundesgeschäftsstelle die größtmögliche Unterstützung:

1. Die Bundesgeschäftsstelle organisierte den Bundesrednereinsatz.
2. Die Bundesgeschäftsstelle stellte technisches Material wie Lautsprecheranlagen und Tonbusse zur Verfügung. Darüber hinaus wurde nach Wunsch der Großbus der Bundespartei für den jeweiligen Spitzenkandidaten zur Verfügung gestellt.
3. Der jeweiligen Landespartei wurde der fachliche Rat in der werblichen Beratung zur Verfügung gestellt.
4. In jeweiliger Absprache mit dem Landesverband erstellt die CDU-Bundesgeschäftsstelle zu bundespolitischen Themen Argumentationsmaterialien und Musterreden.

6.5.2. Bundesrednereinsatz

Landtagswahl Hessen

Im Zeitraum vom 13.08. bis 23.09.1983 fanden an 122 Einsatztagen 252 Wahlkampfveranstaltungen statt, die von **37 Bundesrednern** durchgeführt wurden, davon fallen auf die CSU 19 Einsatztage mit 40 Wahlkampfeinsätzen, 10 CSU-Redner haben an 19 Einsatztagen 40 Wahlkampfeinsätze durchgeführt.

Bei diesem Landtagswahlkampf wurden für 68 Freiluftveranstaltungen und 40 Hallenveranstaltungen Tonbusse eingesetzt. Bei diesen 108 Einsätzen haben die Tonbusse insgesamt 37.519 km zurückgelegt.

Wahl zur Bremer Bürgerschaft

Vom 26.08. bis 20.09.1983 wurden an 6 Einsatztagen 11 Einsatztermine von **5 Bundesrednern** wahrgenommen, wobei für 2 Veranstaltungen Tonbusse eingesetzt wurden.

Landtagswahl Baden-Württemberg

In der Zeit vom 10.01. bis 23.03.1984 wurden an 137 Einsatztagen 285 Wahlkampfveranstaltungen von **44 Bundesrednern** durchgeführt. 9 CSU-Redner haben an 24 Einsatztagen 48 Veranstaltungen durchgeführt.

Von der Hauptabteilung Organisation wurden bei diesem Landtagswahlkampf 52 Veranstaltungen ton-technisch betreut. Für 34 Freiluftveranstaltungen und 18 Hallenveranstaltungen — einschließlich der Wahlkampföffnung in der Hanns-Martin-Schleyer-Halle — wurden Tonbusse und die mobile Großanlage der Bundesgeschäftsstelle eingesetzt. Die gefahrenen Kilometer für die 52 Veranstaltungen beliefen sich auf 29 374 km.

7. Mitglieder-Entwicklung

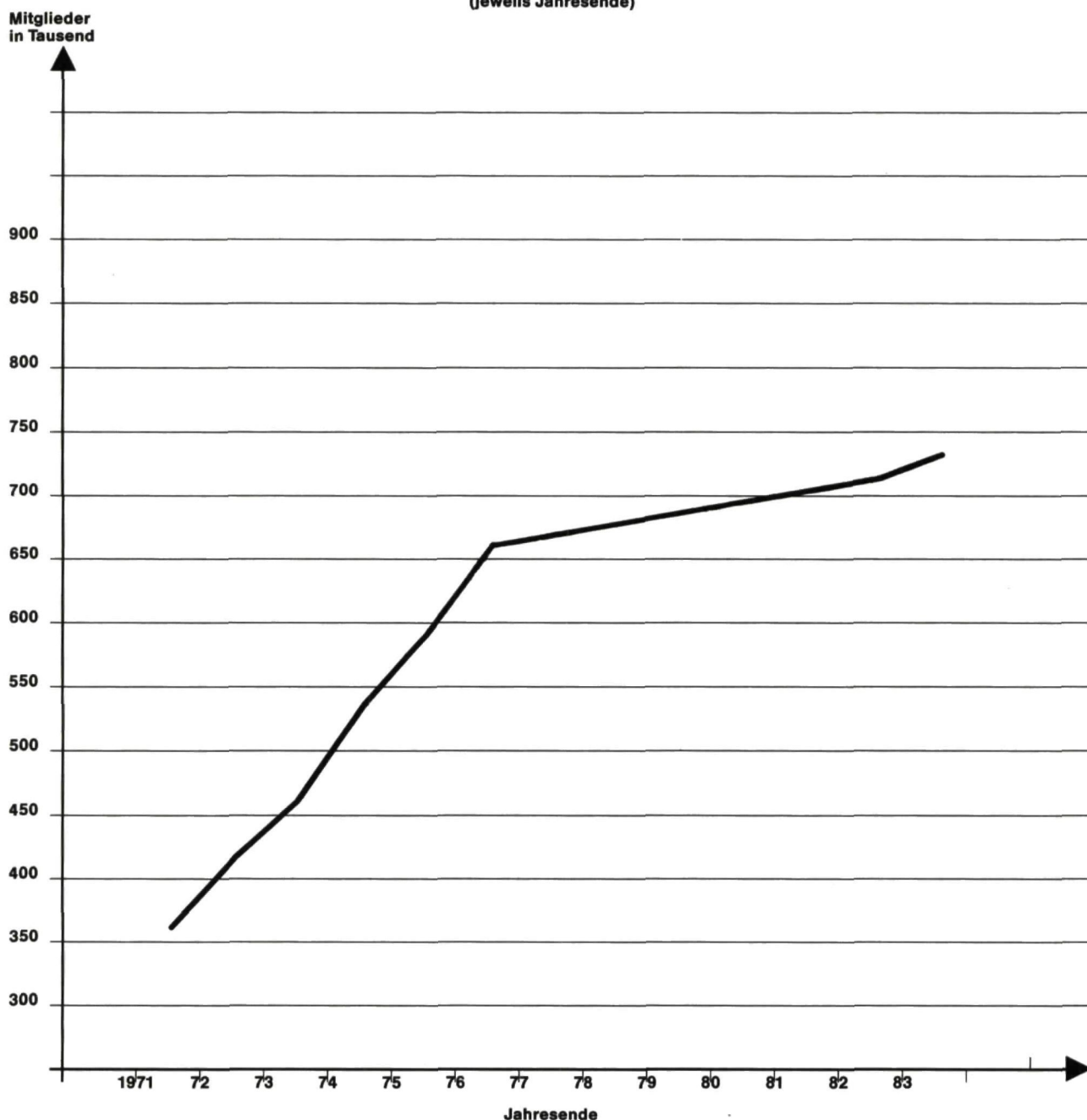
Die Mitgliederzahlen der CDU im langjährigen Trend: Ständiges Wachstum

Seit Jahren fällt die jährliche Mitgliederbilanz der CDU bundesweit positiv aus:

Nachdem Helmut Kohl am 12. Juni 1973 den Parteivorsitz übernahm, erhöhte sich bis März 1984 die Zahl der CDU-Mitglieder um fast 75 Prozent: von 422.968 auf 736.277.

Im Vergleich zum Jahresende 1971 hat sie sich – bei konstant positiven Veränderungsraten – sogar mehr als verdoppelt.

Entwicklung des CDU-Mitgliederbestandes
1971 bis 1983
(jeweils Jahresende)



Mitgliederentwicklung der CDU seit 1971 (jeweils Jahresende)						
	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Mitglieder	355.745	422.968	457.393	530.500	590.482	652.010
Veränderung zum Vorjahr %	+ 8,1	+ 18,9	+ 8,1	+ 16,0	+ 11,3	+ 10,4
Index 1971 = 100	100,0	118,9	128,6	149,1	166,0	183,3
	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Mitglieder	664.214	675.286	682.781	693.320	705.116	718.889
Veränderung zum Vorjahr %	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	+ 2,0
Index 1971 = 100	186,7	189,8	191,9	194,9	198,2	202,1
	1983					
Mitglieder	734.555					
Veränderung zum Vorjahr %	+ 2,2					
Index 1971 = 100	206,5					

Veränderungen seit dem letzten Parteitag: Weiteres Wachstum

Im Mai 1983 wurden 733.743 CDU-Mitglieder gezählt. Seitdem hat sich die Zahl der Mitglieder weiter erhöht. Bei Wachstumsraten zwischen 1,8 und 3,2 Prozent (im Vergleich zum Vorjahresmonat) stieg die Zahl der CDU-Mitglieder auf über 735.000 an. Inzwischen weist die CDU-Bilanz per 31. März 1984 einen Bestand von 736.277 Mitgliedern aus.

Für das Jahr 1983 bedeutet diese Entwicklung: Die CDU konnte allein in diesem Jahr ihren Bestand um 15.666 Mitglieder bzw. um 2,2 Prozent erhöhen. Dies ist die höchste jährliche Zuwachsrate, die seit dem enormen Mitgliederschub Anfang der 70er Jahre realisiert werden konnte.

Mitgliederentwicklung 1982/1983
(jeweils Monatsende)

	1982 Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Mitglieder	705.196	705.584	707.184	708.961	710.362	711.344
Diff. z. Vormonat	+ 80	+ 388	+ 1.600	+ 1.777	+ 1.401	+ 982
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,5

	1982 Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Mitglieder	711.622	711.677	712.924	715.343	717.670	718.889
Diff. z. Vormonat	+ 278	+ 55	+ 1.247	+ 2.419	+ 2.327	+ 1.219
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,0

	1983 Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Mitglieder	719.838	722.661	729.707	732.337	733.743	734.082
Diff. z. Vormonat	+ 949	+ 2.823	+ 7.046	+ 2.630	+ 1.406	+ 339
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 2,1	+ 2,4	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,2

	1983 Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Mitglieder	734.484	734.147	734.458	735.031	735.070	734.555
Diff. z. Vormonat	+ 402	- 337	+ 311	+ 573	+ 39	- 515
Veränderung z. Vorjahresmonat %	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,4	+ 2,2

Mitgliederentwicklung 1984
(jeweils Monatsende)

	1984 Jan.	Febr.	März
Mitglieder	734.361	735.406	736.277
Diff. zum Vormonat	- 194	+ 1.045	+ 871
Veränderung zum Vorjahresmonat %	+ 2,0	+ 1,8	+ 0,9

Die Sozialstruktur der CDU-Mitglieder

Seit der Umstellung des gesamten Mitgliederbestandes der CDU auf das neue Wang-System ist die statistische Feingliederung der Mitglieder möglich, wie sie die nachfolgenden Tabellen zeigen.

Einige bisher unbekannte Durchschnittswerte seien hier aufgeführt:

- das Durchschnittsalter aller CDU-Mitglieder liegt bei 49,0 Jahren. Dabei sind die männlichen Mitglieder (48,6 Jahre) im Mittel etwas jünger als die Frauen bei der CDU (50,3 Jahre). Der Mitgliederschub der letzten Jahre dürfte hier zu einer erheblichen Senkung des Durchschnittsalters beigetragen haben;
- bei jedem sechsten verheirateten CDU-Mitglied ist der Ehepartner ebenfalls in der Partei aktiv;
- eine CDU-Mitgliedschaft dauert im statistischen Mittel 11,1 Jahre. D. h. 27,4 % aller Mitglieder gehören zwischen 10 und 15 Jahren der CDU an. Immerhin 21,3 % besitzen länger als 15 Jahre ein CDU-Parteibuch;
- die im laufenden Jahr registrierten Neumitglieder weisen u. a. einen höheren Anteil von Frauen und jüngeren Mitgliedern aus.

Mitglieder-Statistik der CDU

Stand: 31. 3. 84

Bundesgebiet

Teil 1 - Mitgliederstand

	Mitglieder			Mitglieder	
	absolut	%		absolut	%
insgesamt	736.277	100,0	Konfession		
männlich	576.164	78,3	evangelisch	253.715	34,5
weiblich	160.113	21,7	katholisch	434.218	59,0
Altersgruppen			sonstige	3.090	0,4
insgesamt			ohne Bekenntnis	21.574	2,9
16-24 Jahre	26.285	3,6	ohne Angaben	23.680	3,2
25-29	35.292	4,8	Familienstand		
30-39	123.952	16,8	ledig	139.312	18,9
40-49	215.218	29,2	verheiratet	541.960	73,6
50-59	159.067	21,6	Ehepartner ist		
60-69	94.430	12,8	- CDU-Mitglied	81.759	15,1
70 Jahre und älter	76.630	10,4	- kein CDU-Mitglied	460.201	84,9
ohne Angaben	5.403	0,7	verwitwet	20.146	2,7
Durchschnittsalter 49,0			geschieden	11.834	1,6
Altersgruppen			ohne Angaben	23.025	3,1
männlich			EG-Ausländer	195	
16-24 Jahre	20.510	3,6	übrige Ausländer	256	
25-29	27.552	4,8	Mitgliedschaften in Vereinigungen		
30-39	98.676	17,1	Junge Union	63.116	8,6
40-49	172.418	29,9	Frauenvereinigung	160.113	21,7
50-59	129.637	22,5	Sozialaussch. der CDA	21.967	3,0
60-69	70.221	12,2	Komm. Pol. Vereinigung	18.389	2,5
70 Jahre und älter	53.020	9,2	Mittelstandsvereinigung	15.940	2,2
ohne Angaben	4.130	0,7	Wirtschaftsvereinigung	1.961	0,3
Durchschnittsalter 48,6			Ost- u. Mitteldt. Ver.	29.022	3,9
Altersgruppen			Stellung im Erwerbsleben		
weiblich			Selbständige	180.648	24,5
16-24 Jahre	5.775	3,6	Arbeiter	75.151	10,2
25-29	7.740	4,8	Angestellte	206.442	28,0
30-39	25.276	15,8	Beamte	90.837	12,3
40-49	42.800	26,7	Rentner/Pensionäre	35.205	4,8
50-59	29.430	18,4	Hausfrauen	81.451	11,1
60-69	24.209	15,1	in Ausbildung	47.623	6,5
70 Jahre und älter	23.610	14,7	Lehrlinge/Auszubild.	162	
ohne Angaben	1.273	0,8	Schüler	201	
Durchschnittsalter 50,3			Studenten	159	
			z. Z. arbeitslos	2.816	0,4
			Helfer in Fam.-Betr.	3.109	0,4

Mitglieder-Statistik der CDU
Stand: 31. 3. 84

Bundesgebiet

Teil 2 – Analyse der Neumitglieder für das laufende Jahr (kumuliert)

	Mitglieder			Mitglieder	
	absolut	%		absolut	%
Eintritte insgesamt	10.761	100,0	Konfession		
männlich	7.771	72,2	evangelisch	3.683	34,2
weiblich	2.990	27,8	katholisch	6.108	56,8
Eintritte insgesamt nach Alter			sonstige	86	0,8
16-24 Jahre	1.862	17,3	ohne Bekenntnis	506	4,7
25-29	1.126	10,5	ohne Angaben	378	3,5
30-39	2.764	25,7			
40-49	2.860	26,6	Stellung im Erwerbsleben		
50-59	1.242	11,5	Selbständige	2.266	21,1
60-69	563	5,2	Arbeiter	948	8,8
70 Jahre und älter	267	2,5	Angestellte	2.896	26,9
ohne Angaben	77	0,7	Beamte	1.045	9,7
Durchschnittsalter 39,1			Rentner/Pensionäre	523	4,9
Eintritte männlich nach Alter			Hausfrauen	1.353	12,6
16-24 Jahre	1.430	18,4	in Ausbildung	1.327	12,3
25-29	860	11,1	Lehrlinge/Auszubild.	147	1,4
30-39	2.068	26,6	Schüler	186	1,7
40-49	2.043	26,3	Studenten	113	1,1
50-59	872	11,2	z. Z. arbeitslos	145	1,3
60-69	309	4,0	Helfer in Fam.-Betr.	37	0,3
70 Jahre und älter	133	1,7	ohne Angaben	221	2,1
ohne Angaben	56	0,7			
Durchschnittsalter 38,2					
Eintritte weiblich nach Alter					
16-24 Jahre	432	14,4			
25-29	266	8,9			
30-39	696	23,3			
40-49	817	27,3			
50-59	370	12,4			
60-69	254	8,5			
70 Jahre und älter	134	4,5			
ohne Angaben	21	0,7			
Durchschnittsalter 41,6					

Mitglieder-Statistik der CDU
Stand: 31. 3. 84

				Bundesgebiet	
				Mitglieder	
				absolut	%
Berufliche Gliederung					
Pflanzenbau und Tierwirtschaft				69.249	9,4
Handwerk und Industrie				116.771	15,9
Technik				55.233	7,5
Handel und Verkehr				95.252	12,9
Gaststättenwesen und private Dienstleistung				15.122	2,1
Verwaltung, Rechtswesen und Sozialpflege				139.083	18,9
Gesundheitswesen, Geistes- und Kunstleben				61.728	8,4
ohne Berufsangaben				183.839	25,0
Dauer der CDU-Mitgliedschaft					
bis ein Jahr	10.761	1,5 %	10 bis unter 15 Jahre	201.924	27,4 %
1 bis unter 2 Jahre	44.995	6,1 %	15 bis unter 20 Jahre	63.262	8,6 %
2 bis unter 4 Jahre	76.294	10,4 %	20 bis unter 25 Jahre	43.471	5,9 %
4 bis unter 6 Jahre	67.294	9,1 %	25 bis unter 30 Jahre	25.208	3,4 %
6 bis unter 8 Jahre	61.219	8,3 %	30 Jahre und mehr	24.923	3,4 %
8 bis unter 10 Jahre	114.097	15,5 %			
ohne Angaben	2.829	0,4 %	Durchschnittsdauer 11,1		

Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden

Landesverbände	Mitgliederbestand am		Veränderung 83/84
	31. 3. 1984	31. 3. 1983	
Nordrhein-Westfalen	271.952	270.276	+ 1.676
- Rheinland	138.799	138.382	+ 417
- Westfalen-Lippe	133.153	131.894	+ 1.259
Niedersachsen	108.147	108.789	- 642
- Hannover	78.946	79.394	- 448
- Oldenburg	18.334	18.327	+ 7
- Braunschweig	10.867	11.068	- 201
Baden-Württemberg	95.258	92.502	+ 2.756
Rheinland-Pfalz	80.755	79.533	+ 1.222
Hessen	70.912	70.800	+ 112
Schleswig-Holstein	42.872	42.843	+ 29
Saarland	31.549	30.789	+ 760
Berlin	16.407	15.984	+ 423
Hamburg	14.542	14.248	+ 294
Bremen	3.883	3.943	- 60
Bundesgebiet (ohne Bayern)	736.277	729.707	+ 6.570

8. Die CDU in der Demoskopie

Die politische Stimmung für die Union ist gut, das Ansehen von Bundeskanzler Helmut Kohl und seiner Bundesregierung hoch. Dies zeigen Umfragen aller wichtigen Meinungsforschungsinstitute.

Das Institut für Demoskopie in Allensbach z.B. weist als Ergebnis der sogenannten „Sonntagsfrage“ („Was würden Sie wählen, wenn schon am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären?“) aus, daß sich die Union in den vergangenen Monaten seit der Bundestagswahl vom März 1983 in der Wählergunst stets auf hohem Niveau bewegte und bei Wahlen auf Bundesebene zusammen mit ihrem Koalitionspartner klare Mehrheiten erreicht hätte.

Im einzelnen weist Allensbach bei der „Sonntagsfrage“ für die Monate seit dem März 1983 folgende Ergebnisse aus:

	CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne
Bundestagswahl 6. März 1983 (Zweitstimmen)	48,8	38,2	7,0	5,6
April 83	53,8	36,5	3,6	5,8
Mai 83	48,8	37,4	5,8	7,4
Juni 83	52,1	37,9	3,3	6,3
Juli 83	51,8	37,9	3,5	6,4
August 83	51,1	39,1	3,7	5,6
September 83	50,1	40,2	4,3	4,8
Oktober 83	49,2	42,4	3,7	4,4
November 83	50,7	39,6	3,9	5,6
Dezember 83	49,8	39,5	3,4	6,7
Januar 84	49,0	40,4	3,8	5,5
Februar 84	48,8	40,6	3,8	6,6
März 84	50,5	40,6	3,5	5,2

Die hohe Zustimmung, die die Union in der Bevölkerung findet, hat viel damit zu tun, daß sich die Union konzentriert jener politischen Aufgaben annimmt, die die Bürger für besonders wichtig halten.

Besonders wichtige Themen sind nach Ansicht der Befragten u.a.:

– Arbeitslosigkeit	89 %
– Ausbildungsplätze	77 %
– Renten sichern	72 %
– Umweltschutz	74 %
– Rüstungsabbau in Ost und West	68 %
– Wirtschaftsaufschwung	66 %
– Stabile Preise	64 %
– Sparmaßnahmen gerecht verteilen	64 %
– Größere Sparsamkeit in der öffentlichen Verwaltung	60 %
– für genügend Wohnungen zu erschwinglichen Preisen sorgen	56 %
– die staatliche Verschuldung abbauen	55 %

(Quelle: Allensbach, Februar 1984)

Hinzu kommt für die Union, daß ihr die Bürger in allen wichtigen Aufgabenbereichen, vor allem in der Wirtschaftspolitik, eine hohe Lösungskompetenz zusprechen.

Schon in den Jahren als die CDU/CSU in Bonn noch Oppositionspartei war, galt sie in demoskopischen Umfragen den Wählern in der Bundesrepublik für die Mehrzahl der politischen Aufgabengebiete als sachkompetenter, fähiger, anstehende politische Aufgaben zu lösen als ihr sozialdemokratischer Konkurrent. An diesem seit Jahren geltenden Sachverhalt hat sich grundsätzlich mit dem Übergang der Regierungsgewalt auf die Union nichts geändert. Von den 39 politischen Aufgaben des jetzt getesteten Problemerkatalogs wird bei 29 der Union die höhere Kompetenz zugewiesen. Nur auf 10 Feldern liegt die SPD vorn.

Bei den drei Aufgaben, welche die bundesdeutschen Wähler heute an die Spitze ihrer politischen Forderungen stellen, führt die CDU/CSU im Ruf der Sachkompetenz vor der SPD. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit traut man ihr ebenso eher zu wie die damit zusammenhängende Beschaffung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche. Auch die Sicherung der Renten finden die Wähler bei der Union besser aufgehoben als bei der SPD.

Die Kompetenz der Union für den wirtschaftlichen Aufschwung und den Abbau der Staatsschulden ist in eindrucksvollen Prozentvorsprüngen vor der SPD dokumentiert. 32 zu 11 Prozent beträgt die Relation beim ersten, 26 zu 5 beim zweiten Thema.

Lösungskompetenzen der Parteien

	CDU/CSU	SPD	Differenz CDU/CSU : SPD
– Arbeitslosigkeit	25	19	+ 6
– Ausbildungsplätze	27	22	+ 5
– Renten sichern	30	25	+ 5
– Wirtschaftsaufschwung	32	11	+ 21
– Staatsverschuldung abbauen	26	5	+ 21
– Umweltschutz	23	37	– 14
– für genügend Wohnungen zu erschwinglichen Preisen sorgen	9	20	– 11

(Quelle: Allensbach, Februar 1984)

Hohes Vertrauen genießt auch die Bundesregierung bei den Bürgern. Im März 1984 sagten 55 % der Befragten, daß die Bundesregierung die vor ihr liegenden Aufgaben „gut/eher gut“ meistere. Das ist ein hoher Wert. Günstiger waren die Werte nur in der Hochstimmung unmittelbar nach der Bundestagswahl.

Die Position der Bundesregierung ist nach wie vor unangefochten, und zwar sowohl

- beim Vergleich mit den letzten Werten der Regierung Schmidt (September 1982: 31 % gut/eher gut) als auch
- in Anbetracht der ungünstigen Bewertung der SPD-Opposition, von der aktuell nur 20 % erwarten, daß sie die Aufgaben und Probleme besser bewältigen könnte, wenn sie an der Regierung wäre (61 %: „nicht besser“) - sogar mit dem bisher günstigsten Wert (Januar 1983: 24 % „besser“ gegenüber 55 % „nicht besser“) erreicht die SPD-Opposition nur das Wertungsniveau der CDU/CSU-Opposition in ihren schlechtesten Tagen (Mai 1980: 22 % „besser“ gegenüber 54 % „nicht besser“, Bestwert November 1976: 36 % „besser“ gegenüber 44 % „nicht besser“).

	gut/ eher gut	schlecht/ eher schlecht	keine Angabe	Index ^{*)}
Sept. 1982 (Schmidt)	31	62	7	– 32
Okt. 1982 (Kohl)	45	39	16	+ 6
Nov. 1982	47	39	14	+ 8
Dez. 1982	48	42	10	+ 6
Jan. 1983	50	41	9	+ 9
Febr. 1983	54	39	7	+ 15
März 1983	50	33	7	+ 17
April 1983	63	29	8	+ 34
Mai 1983	57	34	9	+ 23
Juni 1983	57	35	8	+ 22
Juli 1983	56	37	7	+ 19
Aug. 1983	59	37	4	+ 22
Sept. 1983	53	40	7	+ 13
Okt. 1983	51	41	8	+ 10
Nov. 1983	52	42	6	+ 10
Dez. 1983	52	42	6	+ 10
Jan. 1984	52	42	6	+ 10
Febr. 1984	53	43	4	+ 10
März 1984	55	40	5	+ 15

^{*)} Differenz der Anteile positiver und negativer Nennungen

Eine kurz vor dem Bericht zur Lage der Nation erhobene Allensbach-Umfrage zur Deutschlandpolitik (1.-8.3.1984, über 2.000 Befragte) zeigt:

- Sowohl die Entwicklung der deutsch-deutschen als auch der Ost-West-Beziehungen wird von den Bürgern weniger dramatisch gesehen (mehr als 50 %: „nichts geändert“), als dies nach der öffentlichen Berichterstattung den Anschein haben könnte.
- Insbesondere die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen in den letzten Monaten hebt sich (36 %: „verbessert“, nur 3 %: „verschlechtert“) positiv ab von dem in den Ost-West-Beziehungen vermuteten Stillstand (16 % sehen hier eine Verbesserung; 17 % eine Verschlechterung).

- Ebenso erscheint den Bürgern die Stationierungsentscheidung vom November 1983 in ihren Auswirkungen auf die deutsch-deutschen Beziehungen weniger negativ (22 %) als auf die Ost-West-Beziehungen insgesamt, die 39 % als verschlechtert empfinden.
- Ungeachtet der zwischenzeitlichen Belastungen ziehen die Bundesbürger jedoch unter dem Strich seit dem Regierungswechsel 1982 eine positive Gesamtbilanz: 24 % sehen 1 1/2 Jahre danach eine Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen, nur 10 % eine Verschlechterung.

Dieser positiven Bilanz entspricht auch die Einstellung der Bundesbürger zur Deutschlandpolitik der Bundesregierung: mit ihr sind 55 % einverstanden, nur 26 % äußern ihr gegenüber Vorbehalte.

Entwicklung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR und Beziehungen des Westens zum Ostblock 1) im Vergleich (Allensbach, 1.-8. März 1984, über 2.000 Befragte):

	verbessert %	verschlechtert %	nichts geändert %	unmöglich zu sagen %	Index ²⁾ %
unsere Beziehungen zur DDR seit der Stationierung	4	22	<u>61</u>	13	– 18
Beziehungen des Westens zum Ost- block seit der Stationierung	1	39	<u>51</u>	9	– 38
unsere Beziehungen zur DDR in den letzten drei, vier Monaten	<u>36</u>	3	<u>51</u>	10	+ 33
Beziehungen des Westens zum Ost- block in den letzten drei, vier Monaten	16	17	<u>57</u>	10	– 1
Differenz	+ 20	– 14	– 6	0	+ 34
unsere Beziehungen zur DDR seit dem Regierungswechsel	<u>24</u>	10	<u>56</u>	10	+ 14

1) Es wurden folgende Fragen gestellt:

„Seit Dezember letzten Jahres werden bei uns in der Bundesrepublik die neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen stationiert. Haben sich eigentlich unsere Beziehungen zur DDR (in einem anderen Teil der Interviews: die Beziehungen des Westens zu den Ostblockstaaten) seit der Stationierung verbessert, verschlechtert oder würden Sie sagen: es hat sich nicht geändert?“

„Haben sich eigentlich unsere Beziehungen zur DDR (in einem anderen Teil der Interviews: die Beziehungen des Westens zu den Ostblockstaaten) in den letzten drei, vier Monaten verbessert oder verschlechtert oder würden Sie sagen: es hat sich nichts geändert?“

„Im Herbst 1982 gab es ja den Regierungswechsel und seitdem ist die Regierung Kohl im Amt. Haben sich eigentlich unsere Beziehungen zur DDR seit dem Regierungswechsel verbessert oder verschlechtert oder würden Sie sagen: es hat sich nichts geändert?“

2) Dem Index liegt die Differenz „verbessert“ minus „verschlechtert“ zugrunde.

9. Parteienfinanzierung

Das „Gesetz zur Änderung des Parteiengesetzes und anderer Gesetze“ ist am 1. Januar 1984 in Kraft getreten. Für die Parteienfinanzierung und die praktische Parteiarbeit auf allen Ebenen der Partei bringt dieses Gesetz zum Teil wichtige Neuerungen.

Ein wesentliches Element ist die steuerrechtliche Neuregelung für Spenden und Mitgliedsbeiträge. Generell gilt, daß Spenden und Mitgliedsbeiträge entweder bis zu insgesamt 5 Prozent des Gesamtbetrages der Einkünfte oder bis zu insgesamt 2 Promille der Summe der gesamten Umsätze und der im Kalenderjahr aufgewendeten Löhne und Gehälter bei den Spendern bzw. bei den Mitgliedern steuerlich absetzbar sind, soweit nicht der besondere steuerliche Abzug (bei Zahlungen bis zu 1.200,— DM bei Ledigen und 2.400,— DM bei Verheirateten) in Anspruch genommen wurde.

Eine weitere Neuregelung betrifft die Rechenschaftslegung der Parteien. Die bisherigen Bestimmungen des Parteiengesetzes über Rechenschaftslegung und Rechenschaftsbericht sind wesentlich verändert und erweitert worden. Parteien haben zukünftig nicht nur ihre Einnahmen, sondern auch ihre Ausgaben und ihr Vermögen offen zu legen. Was unter Einnahmen, Ausgaben und ihr Vermögen zu verstehen ist, definiert das Gesetz genau. Über Wahlkampfkosten ist jeweils gesondert Rechenschaft zu legen, wobei die wahlkampfbezogenen Kosten einer jeden Wahl den wahlkampfbezogenen Einnahmen gegenüberzustellen sind.

Die Rechenschaftsberichte müssen von einem Wirtschaftsprüfer oder von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft werden, sie werden als Bundestagsdrucksache veröffentlicht und müssen auf dem auf die Veröffentlichung folgenden Bundesparteitag erörtert werden.

Diese neuen Vorschriften haben eine ganze Anzahl von Umstellungen in der Erfassung, Verbuchung und im Rechenschaftsausweis bei den Kreisverbänden, Landesverbänden, der Bundespartei und den Vereinigungen notwendig gemacht.

Die Bundesgeschäftsstelle hat - nach vorklärenden Gesprächen mit den anderen im Bundestag vertretenen Parteien (mit Ausnahme der GRÜNEN) und in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden, den Mitgliedern der Bundesfinanzkommission, des Bundesfinanzausschusses, beratenden Wirtschafts- und Steuerprüfern sowie den Wirtschaftsprüfern der Landesverbände und den dort tätigen Buchhaltern - eine Vielzahl von Arbeitshilfen entwickelt, die die Konsequenz aus der neuen Gesetzgebung sind: der Kontenrahmen für die gesamte Partei wurde den neuen Erfordernissen angepaßt und mit überarbeiteten Richtlinien versehen; die Spenden- und Beitragsbescheinigungen wurden neu konzipiert und mit Erläuterungen über die neuen gesetzlichen Möglichkeiten versandt; für die örtliche Ebene der Partei wurde ein Kassenbuch entwickelt, das ohne bürokratischen Aufwand dort Vereinheitlichungen anstrebt, wo sie sachlich geboten sind (dieses Buch kommt selbstverständlich nur dort zur Anwendung, wo die zuständigen Kreisverbände das Recht zur Führung eigener Kassen ausdrücklich zubilligen); zur Erleichterung der Aufstellung der Haushalte und der Zusammenstellung der Rechenschaftsberichte wurden entsprechende Vorgaben erarbeitet.

Die Vorbereitungsarbeiten für die Erfassung der wahlkampfbezogenen Kosten und Einnahmen laufen zur Zeit noch. Dies gilt auch für die Gespräche über bestimmte steuerliche Probleme.

Das neue Parteiengesetz sieht erstmalig Sanktionen für den Fall vor, daß eine Partei Spenden rechtswidrig erlangt oder Mittel nicht den Vorschriften des Parteiengesetzes entsprechend verwendet oder aber Mittel nicht im Rechenschaftsbericht veröffentlicht.

In einem solchen Fall verliert die Partei den Anspruch auf Erstattung der Wahlkampfkosten in Höhe des Zweifachen des betreffenden Betrages. Rechtswidrig erlangte Spenden müssen unverzüglich an das Präsidium des Deutschen Bundestages abgeführt werden, von wo aus sie caritativen Organisationen zufließen.

Dem Bundesparteitag liegen Veränderungsvorschläge für das Statut und die Finanz- und Beitragsordnung der CDU vor. Auch diese Änderungen resultieren aus dem neuen Parteiengesetz. Die dem Bundesparteitag vorliegenden Änderungsvorschläge sollen die Grundlagen für eine ordnungsgemäße Finanzwirtschaft der Partei legen und eine genaue Einhaltung der Gesetzesvorschriften gewährleisten.

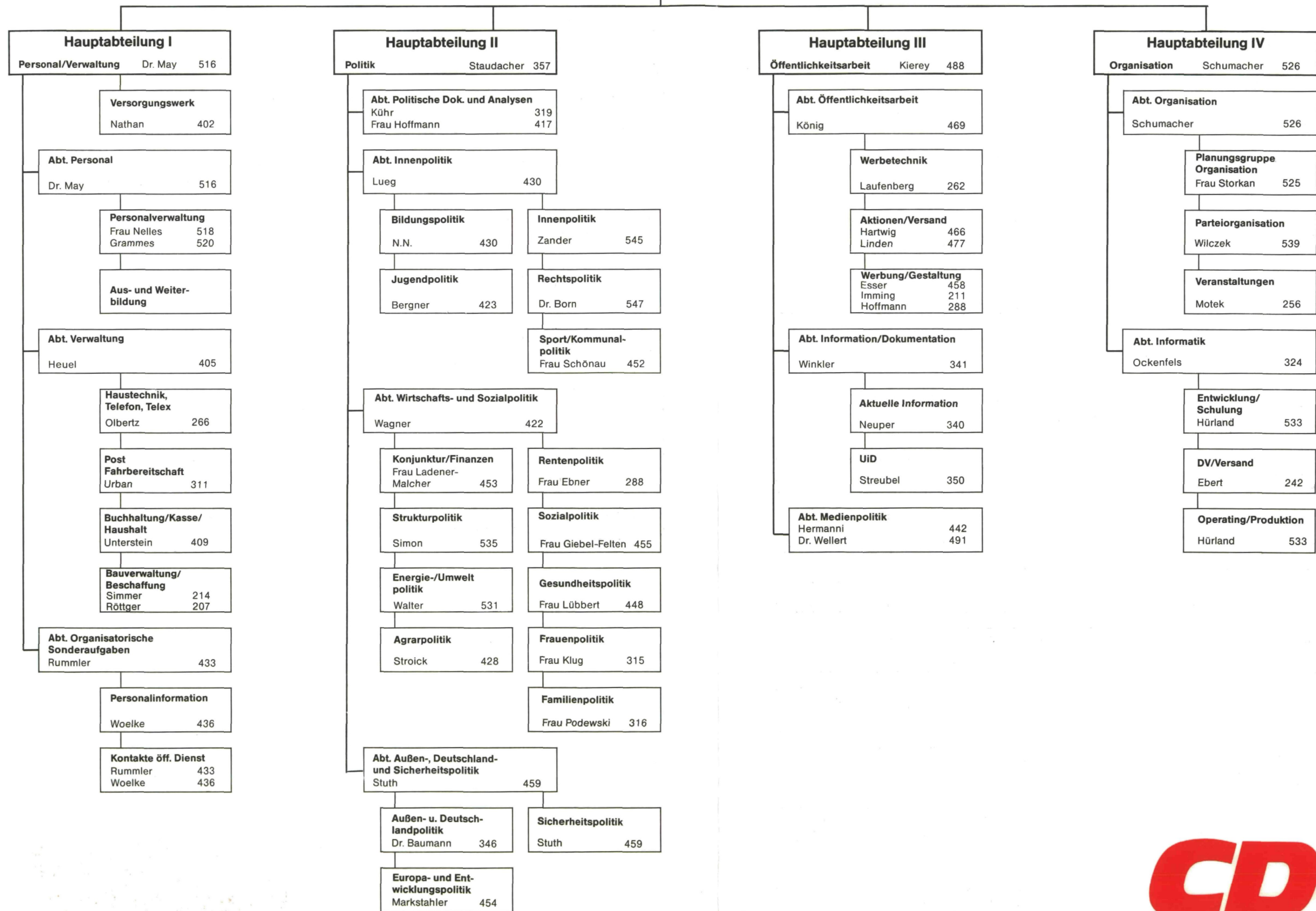
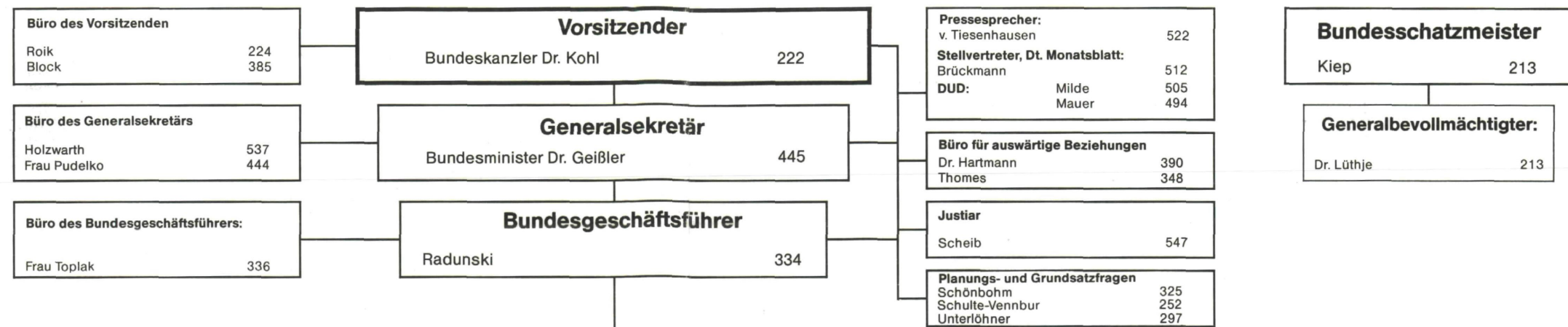
Notizen

Notizen

Notizen

Notizen

Notizen



CDU

